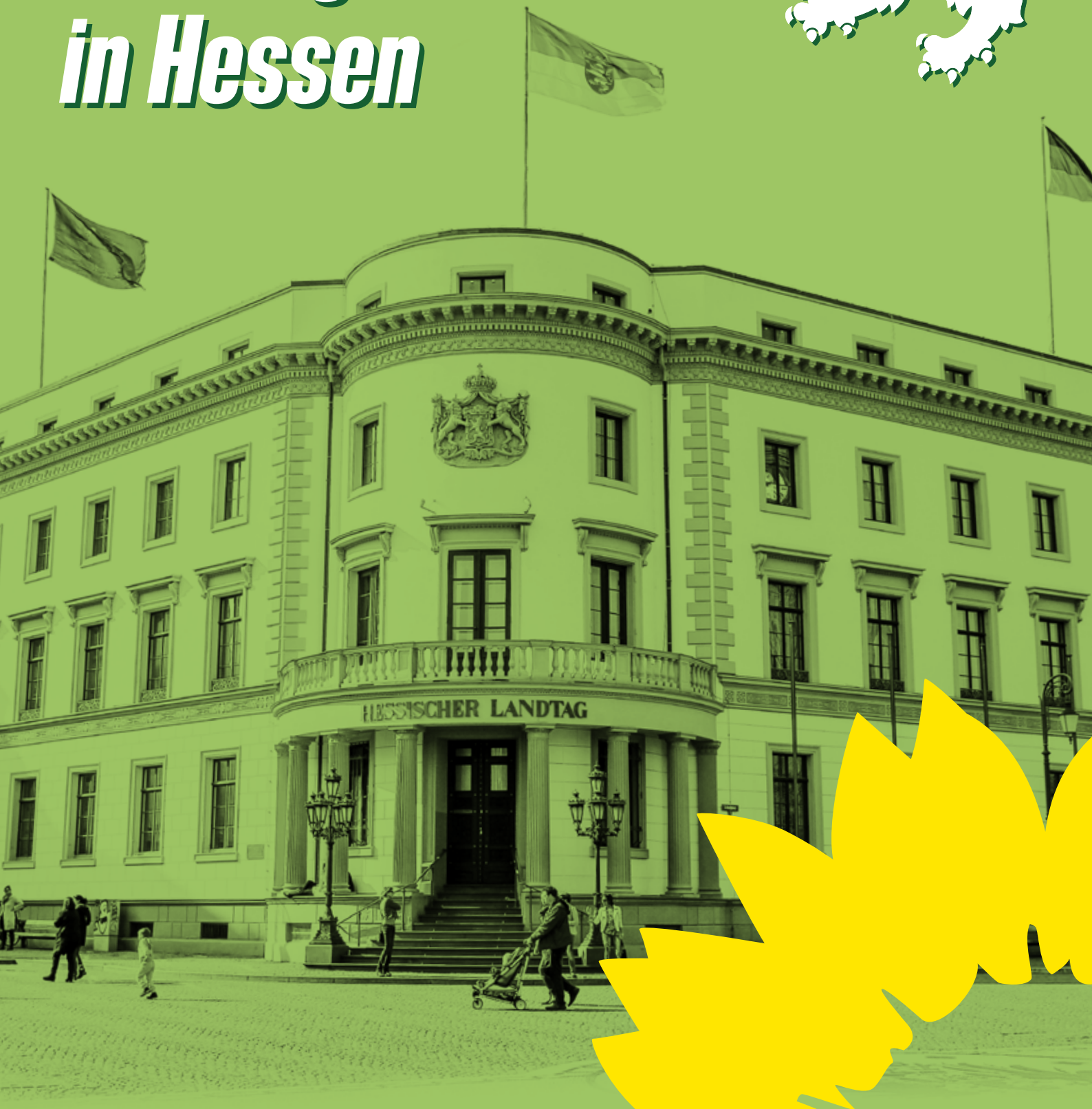
40 Jahre GRÜNE Landtagsfraktion in Hessen



gruene-hessen.de

Inhalt

Editorial
Mathias Wagner 2

Die aktuelle Fraktion
Alle GRÜNEN Abgeordneten der 20. Wahlperiode im Überblick 4

1982 - 1983
Zum ersten Mal GRÜNE im Hessischen Landtag - **Frank Schwalba-Hoth** 7

1983 - 1987
Erste Verhandlungen zur Regierungsbildung durch Tolerierung - **Priska Hinz** 11

1987 -1991
Vier Jahre entschlossener Kampf um Rückkehr in die Regierung - **Maja von Sczepanski** 15

1991 - 1995
Politik in Zeiten Rot-GRÜNER Harmonie und finanzieller Zuwächse - **Reinhold Weist** 19

1995 - 1999
Von Bürgerrechten und Luxusknästen - **Rupert von Plottnitz** 23

1999 - 2003
CDU = Koch = Schwarzgeld - **Sarah Sorge** 27

2003 - 2008
Düstere Allmachtsfantasien der Hessen-CDU - **Frank Kaufmann** 31

2008 - 2009
Ein Jahr wie kein anderes - **Mathias Wagner** 35

2009-2014
Von den Fischerchören zur Konzeptpartei - **Angela Dorn** 39

2014 - 2019
Der Sprung ins kalte Wasser - **Tarek Al-Wazir** 43

2019 - 2024
Kurs gehalten, Segel gesetzt und richtig Fahrt aufgenommen - **Kai Klose** 47

Impressum 52

Editorial

Liebe Leser*innen,

40 Jahre GRÜNE im Landtag und unsere Themen sind aktueller denn je. Wer hätte das bei der Landtagswahl am 26. September 1982 gedacht? Damals zogen wir mit acht Prozent und neun Abgeordneten erstmals in den Landtag ein. Und es war nicht unbedingt so, dass wir im Parlament und in der Gesellschaft insgesamt mit offenen Armen empfangen worden wären. Viele waren skeptisch, was diese neue Fraktion vorhatte. Manche wünschten sich oder prognostizierten zumindest, dass diese GRÜNEN bald wieder von der politischen Bildfläche verschwinden würden. Wir blieben und wir haben unser Land verändert. Hessen ist durch uns ökologischer, sozialer, offener und vielfältiger geworden.

Dafür haben die Abgeordneten der ersten Wahlperioden die Grundlage gelegt. Trotz des damals noch erheblichen Gegenwinds und trotz aller Widerstände und Anfeindungen haben sie Kurs gehalten und für die grüne Sache gekämpft. Heute, wo ja selbst Automobil- und Chemiekonzerne mit „grün sein" werben und fast alle ja irgendwie schon immer für Umwelt- und Klimaschutz, für Frauenrechte und eine bunte Gesellschaft gewesen sind, kann man nur erahnen, was die GRÜNEN der ersten Stunde geleistet haben. Man stelle sich einmal vor, die frühere Hoechst AG hätte in den 80er-Jahren damit geworben, ein „grünes" Unternehmen zu sein, Joschka Fischer als Festredner eingeladen und auf dem Werksgelände die Regenbogenfahne gehisst. Damals undenkbar.

Heute, 40 Jahre später, gehören Annalena Baerbock und Robert Habeck zu den beliebtesten Politiker*innen Deutschlands, stellen die GRÜNEN mit Tarek Al-Wazir den beliebtesten in Politiker Hessen, sind die hessischen GRÜNEN in den Umfragen stabil über 20 Prozent und stellen die GRÜNEN mit 29 Abgeordneten und 66 Stimmen Vorsprung bei der vergangenen Landtagswahl die zweitstärkste Partei im Landtag.

Der erste grüne Minister weltweit

Es war ein langer Weg, um nicht zu sagen, ein langer Marsch durch die Institutionen. Was gab es nicht alles für Schlagzeilen, die sich auch in dieser Broschüre widerspiegeln: Vom Blutspritzen auf einen US-amerikanischen General über die Rotation von Abgeordneten und Mitarbeitern, dem ersten grünen Minister weltweit, den Koalitionsbruch 1987 und die erfolgreiche Regierungszeit zwischen 1991 und 1999, während der viele Ideen der GRÜNEN umgesetzt werden konnten. Aber auch Misserfolge und schwere Zeiten folgten: So gab es in Hessen auch die bundesweit ersten Rücktritte von Ministerinnen der GRÜNEN und schließlich das Sich-Wiederfinden in einer langjährigen Opposition von 1999 bis 2014.

Aber auch in der Opposition gab es genug zu tun, denn die vordringlichste Aufgabe der Opposition, nämlich die Regierung zu kontrollieren, brachte viel Arbeit mit sich. Bald nach Regierungsübernahme durch CDU und FDP entwickelte sich die ganz spezielle hessische Variante des CDU-Schwarzgeldskandals mit in Steuerparadiese wie Liechtenstein verschobenen CDU-Gelder, die perfiderweise als „jüdische Vermächtnisse" getarnt nach Hessen zurückgeschleust wurden.

Wir definieren uns nicht über Koalitionen

Der Landtagsfraktion lag es immer am Herzen, funktionierende Konzepte für reale Veränderungen zu entwickeln. Von den ersten Gedanken Mitte der Achtziger, dass zum Verändern auch

das Regieren nötig ist, über die Konzeptarbeit in der Oppositionszeit von 1999 bis 2014 und das Umsetzen und weiterentwickeln unserer Konzepte in der erneuten Regierungsbeteiligung gibt es eine hessisch-grüne Traditionslinie, auf die wir stolz sind. Wir arbeiten beharrlich an unseren Themen. Wir definieren uns nicht über Koalitionen, sondern über unsere Inhalte.

Die aktuelle GRÜNE Fraktion bei der konstituierenden Sitzung am 18.01.2019 – leider nicht im Bild ist Daniel May, wegen der Geburt seines Kindes.

Der Kurs der Eigenständigkeit hat uns auch gut durch die „hessischen Verhältnisse" des Jahres 2008 geführt als es keine festen Mehrheit im Landtag gab. Die Abschaffung der Studiengebühren mit der Mehrheit von Grünen, SPD und Linken und ein modernes Sparkassengesetz mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN mögen Beispiele für diese Haltung sein. Diese Eigenständigkeit hat es uns auch 2014 und 2019 ermöglicht mit allen demokratischen Parteien Gespräche über die Bildung einer Koalition zu führen. Als Ergebnis stand die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland. Auch wenn es anfangs viele nicht für möglich gehalten haben, haben wir in Hessen gezeigt, dass grüne Inhalte auch mit der CDU umgesetzt werden können. Ob Klima- und Umweltschutz, Energie-, Verkehrs- und Agrarwende, Sozial- und Bildungspolitik, Kunst und Kultur oder der Kampf für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus – überall haben wir seit 2014 der Politik eine neue Richtung gegeben.

Wir wollen den nächsten Schritt gehen

Auch 2023 steht wieder eine Landtagswahl an. Wir wollen den nächsten Schritt gehen. Angesichts der Herausforderungen unserer Zeit sind unsere grünen Konzepte aktueller, notwendiger und gefragter denn je. Daher wollen wir sie an führender Stelle von der Staatskanzlei aus umsetzen. Denn wir sehen es in Baden-Württemberg: Es macht einen Unterschied, ob wir unsere Inhalte einem Koalitionspartner abringen müssen oder ob ein GRÜNER Ministerpräsident die Richtlinien der Politik gestalten kann.
Die vermeintliche – und vielleicht auch ein bisschen reale – „Chaostruppe" von 1982 ist heute eine stabile und verlässliche Kraft in der Landespolitik. Nicht geändert hat sich in den 40 Jahren hingegen, dass wir GRÜNE uns nie zufrieden geben. Wir wollen die Welt verbessern. Jeden Tag. Mal im Großen, mal im Kleinen. Wir wissen: Es muss anders werden, damit es gut bleiben oder gut werden kann. Das ist unser Antrieb in den vergangenen und in den kommenden 40 Jahren.

Mathias Wagner
Fraktionsvorsitzender

Fraktion

Tarek Al-Wazir //

Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Ansprechpartner für die Stadt Offenbach
E-Mail: t.al-wazir@ltg.hessen.de

Kathrin Anders //

Sprecherin für Gesundheit, frühkindliche Bildung und Grundschulen
Ansprechpartnerin für den Kreis Wetterau
Tel.: 0611 / 350 770 | E-Mail: k.anders@ltg.hessen.de

Marcus Bocklet //

Sprecher für Sozialpolitik
Tel.: 0611 / 350 633 | E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de

Silvia Brünnel //

Sprecherin für Frauen, Familie, Inklusion, Senior*innen, Pflege, Demografie, Pol. Bildung
Ansprechpartnerin für den Kreis Fulda
Tel.: 0611 / 350 782 | E-Mail: s.bruennel@ltg.hessen.de

Taylan Burcu //

Sprecher für Integration, Migration und Flüchtlingspolitik
Tel.: 0611 / 350 783 | E-Mail: t.burcu@ltg.hessen.de

Miriam Dahlke //

Stv. Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Finanzen, Europa & Haushaltskontrolle
Ansprechpartnerin für den Kreis Hochtaunus
Tel.: 0611 / 350 784 | E-Mail: m.dahlke@ltg.hessen.de

Frank Diefenbach //

Sprecher für Weiterführende Schulen, Wald und ländlichen Raum
Ansprechpartner für den Kreis Odenwald
Tel.: 0611 / 350 785 | E-Mail: f.diefenbach@ltg.hessen.de

Angela Dorn //

Ministerin für Wissenschaft und Kunst
Ansprechpartnerin für den Kreis Marburg-Biedenkopf
E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de

Nina Eisenhardt //

Sprecherin für Hochschulen und Wissenschaft
Ansprechpartnerin für den Kreis Groß-Gerau
Tel.: 0611 / 350 787 | E-Mail: n.eisenhardt@ltg.hessen.de

Martina Feldmayer //

Stv. Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Umwelt- und Klimaschutz
Ansprechpartnerin für die Stadt Frankfurt am Main
Tel.: 0611 / 350 748 | E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de

Hildegard Förster-Heldmann //

Stv. Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Bau-, Wohnungs und Rechtspolitik
Ansprechpartnerin für die Stadt Darmstadt und den Kreis Bergstraße
Tel.: 0611 / 350 580 | E-Mail: h.foerster-heldmann@ltg.hessen.de

Jürgen Frömmrich //

Parlamentarischer Geschäftsführer | Sprecher für Medien und Landespersonal
Ansprechpartner für den Kreis Waldeck-Frankenberg
Tel.: 0611 / 350 632 | E-Mail: j.froemmrich@ltg.hessen.de

Eva Goldbach //

Stv. Fraktionsvorsitzende | Sprecherin für Innenpolitik
Ansprechpartnerin für den Kreis Vogelsberg
Tel.: 0611 / 350 744 | E-Mail: e.goldbach@ltg.hessen.de

Vanessa Gronemann //

Sprecherin für Verbraucherschutz, Naturschutz und Sport
Ansprechpartnerin für den Kreis Kassel-Land
Tel.: 0611 / 350 788 | E-Mail: v.gronemann@ltg.hessen.de

Priska Hinz //

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ansprechpartnerin für den Kreis Lahn-Dill
E-Mail: p.hinz@ltg.hessen.de

Markus Hofmann //

Sprecher für Kommunales, Tourismus, Handwerk und Mittelstand
Ansprechpartner für den Main-Kinzig-Kreis
Tel.: 0611 / 350 733 | E-Mail: m.hofmann@ltg.hessen.de

Frank Kaufmann //

Sprecher für Haushalt und Flughafen Frankfurt
Tel.: 0611 / 350 747 | E-Mail: fp.kaufmann@ltg.hessen.de

Kaya Kinkel //

Sprecherin für Wirtschaft, Energie und Schutz der Werra
Ansprechpartnerin für den Kreis Hersfeld-Rotenburg
Tel.: 0611 / 350 673 | E-Mail: k.kinkel@ltg.hessen.de

Kai Klose //

Minister für Soziales und Integration
Ansprechpartner für den Rheingau-Taunus-Kreis
E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de

Torsten Leveringhaus //

Sprecher für Digitales und Datenschutz
Ansprechpartner für den Kreis Darmstadt-Dieburg
Tel.: 0611 / 350 741 | E-Mail: t.leveringhaus@ltg.hessen.de

Fraktion

Felix Martin //

Sprecher für Arbeitsmarkt, Ausbildung, Kommunalfinanzen, Jugend, Antidiskriminierung und Queerpolitik | Ansprechpartner für den Werra-Meißner-Kreis
Tel.: 0611 / 350 749 | E-Mail: f.martin@ltg.hessen.de

Daniel May //

Sprecher für Bildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Hochschulmedizin | Ansprechpartner für den Schwalm-Eder-Kreis
Tel.: 0611 / 350 770 | E-Mail: k.anders@ltg.hessen.de

Karin Müller //

Vizepräsidentin des Hessischen Landtags | Sprecherin für Verkehrspolitik
Ansprechpartnerin für die Stadt Kassel
Tel.: 0611 / 350 745 | E-Mail: karin.mueller@ltg.hessen.de

Hans-Jürgen Müller //

Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz und Jagd
Tel.: 0611 / 350 756 | E-Mail: hj.mueller@ltg.hessen.de

Lukas Schauder //

Sprecher für Extremismusprävention, Demokratieförderung und Justizvollzug
Ansprechpartner für den Kreis Main-Taunus
Tel.: 0611 / 350 758 | E-Mail: l.schauder@ltg.hessen.de

Katrin Schleenbecker //

Sprecherin für Berufliche Schulen, lebenslanges Lernen, Religion
Ansprechpartnerin für die Kreise Gießen und Limburg-Weilburg
Tel.: 0611 / 350 764 | E-Mail: k.schleenbecker@ltg.hessen.de

Mirjam Schmidt //

Sprecherin für Kunst und Kultur
Tel.: 0611 / 350 768 | E-Mail: m.schmidt@ltg.hessen.de

Mathias Wagner //

Fraktionsvorsitzender
Ansprechpartner für die Stadt Wiesbaden
Tel.: 0611 / 350 746 | E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de

Katy Walther //

Sprecherin für Straßenbau, Lärmschutz, Landesentwicklung und Regionalplanung
Ansprechpartnerin für den Kreis Offenbach-Land
Tel.: 0611 / 350 769 | E-Mail: k.walther@ltg.hessen.de

1982 - 1983

Die GRÜNE Fraktion in der 10. Legislaturperiode:

Iris Blaul // Reinhard Brückner (†) // Marita Haibach-Walter //
Roland Kern // Karl Kerschgens // Dorli Rauch //
Gertrud Schilling // Frank Schwalba-Hoth // Dirk Treber

CDU: 45,6%
SPD: 42,8%
GRÜNE: 8,0%

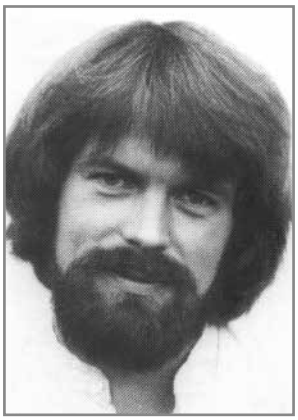
Zum ersten Mal GRÜNE im Hessischen Landtag

Unser Eindruck vor 40 Jahren: Die parlamentarischen Akteure der traditionellen Parteien unterscheiden sich nur in Nuancen. Ihre Politik in Sachen Nachrüstung, Atompolitik und Bau der Startbahn West waren eindeutige Belege. Nicht nur in den Inhalten, sondern auch in der Form waren sie ununterscheidbar: Anzüge, sklerotische Strukturen, unhinterfragte parlamentarische Rituale. So wollten wir auf gar keinen Fall sein.

Der Vorlauf

Das Programm für die Landtagswahl wurde Kapitel für Kapitel mit Tausenden von Änderungsanträgen in einem halben Dutzend Landesmitgliederversammlungen abgestimmt. Die künftigen Abgeordneten verpflichten sich, dem Mitgliederwillen unbedingt Folge zu leisten („imperatives Mandat"), zur Halbzeit zu rotieren und einen großen Teil ihres Gehalts an einen Ökofonds abzuführen.

Zur Wahlparty im Landtag wird einer aus unserer Liste nicht eingelassen. Aus Protest bleiben wir alle vor dem Portal und kleben uns Pflaster über die Münder. Das Stimmenergebnis: Ein großer Erfolg, wir sind drin und die FDP fliegt raus. Es herrschte das Gefühl: Wir sind (zumindest in Hessen) die Speerspitze für eine ökologische Erneuerung und alle wollen uns behindern: Die FDP räumt ihre Büros nicht umgehend, die Verwaltung erwägt, uns ohne Schlips nicht in den Plenersaal zu lassen, unsere Vorstellungen zum parlamentarischen Ablauf werden abgebügelt. Ein bisschen war die Situation, als ob die Bewohner des kleinen gallischen Dorfes in die Mitte des Römerlagers verpflanzt worden wären, die einen ohne Zaubertrank, die anderen ohne ihre Waffen – aber beide mit der Verpflichtung, sich friedlich nicht zu verstehen.



Frank Schwalba-Hoth 1982

Autor
Frank Schwalba-Hoth
Mitglied des Hessischen Landtags 1982-1983.
Mitglied des Europäischen Parlaments 1984-1987.

Clash der Kulturen

Da „die Anderen" sich so weit von den Ursprüngen eines nachhaltigen hessischen Bundeslandes entfernt haben, tragen wir bei unserem Einzug in den Plenarsaal die in einen großen

Jubel bei den GRÜNEN über den Einzug in den Hessischen Landtag am 26. September 1982.

GRÜNE „Landtagsgruppe" am Rande der Landesversammlung der hessischen GRÜNEN in Hofheim am Taunus am 14. August 1982

Karton verpackte Hessische Verfassung mit uns – „back to the roots". Wir stehen in der positiven (ökologischen) Tradition der Verfassungsväter und -mütter. Ich erinnere mich an keine einzige parlamentarische Konstellation der Anfangsmonate, in der wir nicht anders als „die Anderen" abgestimmt hätten. Beim Skattunier des Landtages wurde gefrozzelt, ob wir denn überhaupt mischen, reizen und stechen können – und überraschten durch einen zweiten Preis. Fast jede unserer Plenarreden entfachte Feuerwerke an Zwischenrufen. Da die SPD uns die Sitze am linken Rand versagt hatte, wurden uns die Bänke in der Mitte zugewiesen – auch der Zurückhaltendste aus unserer Fraktion hatte somit die Chance, zu einem Zwischenruf- Champion zu werden.

So wäre es wohl endlos weitergegangen, hätte nicht ein Teil des Landtagspersonals begonnen, uns immer weniger als „missratene Töchter und Söhne" zu sehen und anzufangen, diese arbeitswütigen Ökos (gemessen an der Zahl der Stunden, die wir im Gebäude verbrachten und der Zahl der Kleinen Anfragen, die wir produzierten) etwas ins Herz zu schließen. Außerdem kam es im Restaurant und an den Theken auch schon mal zu unerklärten Duz-Beziehungen zwischen MdLs der einen Seite und Mitgliedern unserer Bürogemeinschaft. In der Nachschau bin ich sicher, dass es etliche Alt-MdLs gab, die darunter gelitten haben, unseren bunten Haufen in den heiligen Hallen erleben zu müssen.

Protest gegen den Ausschluss von Raphael Keppel am 26. September 1982

Transmissionsriemen

Zu unserem Selbstverständnis der Anfangsphase gehörte es, uns als Transmissionsriemen der Basis zu sehen - einerseits der Mitglieder der GRÜNEN und andererseits der Bewegungen. Wer die Anliegen derjenigen, die bisher nicht zu Wort gekommen waren, im Konzert der Politik zu Gehör brachte, war Meister, wer sich als Vordenker gerierte, wurde als Manipulator empfunden. So war es auch nur natürlich, dass es zu Landesmitgliederversammlungen keine Leitanträge der Fraktion gab. Von SPD-Abgeordneten hörte ich später die Steigerungsformel „Gegner, Feind, Parteifreund." Unsere Landtagsgruppe wollte so etwas nicht wahrhaben. Als die ersten politischen (und persönlichen) Brüche auftraten, orderten wir (ohne größeren Erfolg) einen Gießener Psychologen für Gruppengespräche zu uns in den Landtag.

Heißer Herbst

Wir wollten die ganze (hessische) Welt verändern, die Sozis wollten da nicht mitspielen und die CDU hockte in ihrer rechtskonservativen Ecke. Da blieben Neuwahlen als einziger Ausweg. Währenddessen spitzte sich die Diskussion um die US-Mittelstreckenraketen zu, ein „heißer Herbst" mit Massendemonstrationen überall in Deutschland stand bevor. Am Vortag der Landtagsauflösung lud darum der Landtagspräsident zu einer Solidaritätsfeier ein: Die Anwesenheit von US-Generälen sollte deutlich machen, dass trotz GRÜNER im Parlament und Pazifisten auf den Straßen die Deutschen fest zur nuklearen Supermacht stehen. Alle Landtags-GRÜNEN beschlossen, gegen die Provokation einer Einladung an US-Generäle eine Gegenprovokation zu setzen. Ich schlug (in Anlehnung an das Alte Testament) Blut vor. Zum Empfang waren von uns GRÜNEN nur die Fraktionsvorsitzende und ich als Ausschussvorsitzender geladen.
Also ließ ich mir 100 Milliliter Blut abzapfen. Als der oberste US-General zu sprechen begann, goss ich ihm das Blut über die Orden. Ein anderer US-General mit Nahkampferfahrung zwang mich zu Boden. Der Empfang wurde unterbrochen, ich wurde des Landtages verwiesen und alle GRÜNEN versammelten sich mit Sonnenblumen vor dem Landtagsgebäude.
Die letzte Landtagssitzung enthielt eine Premiere: Ein Gesetz zur Lehrerausbildung und eines zu Forstpolitik wurden angenommen. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass von GRÜNEN eingebrachte Gesetzentwürfe eine Mehrheit fanden. Jeder Diskussionsbeitrag über die Ereignisse vom Vortag war untersagt, zwei GRÜNE MdLs, die es trotzdem versuchten, wurden des Saales verwiesen. Wir hatten alle mit Reaktionen gerechnet, wurden aber trotzdem von der Heftigkeit überrascht.

GRÜNE Abgeordnete im Plenarsaal während der konstituierenden Sitzung am 01. Dezember 1982.

1983 - 1987

Die GRÜNE Fraktion in der 11. Legislaturperiode:

Iris Blaul bis 10.04.1985 // Reinhard Brückner (†) bis 15.02.1984 // Marita Haibach-Walter bis 15.04.1984 // Roland Kern bis 19.04.1985 // Karl Kerschgens bis 15.04.1985 // Gertrud Schilling bis 16.04.1985 // Dirk Treber bis 15.04.1985

Hans Christoph Boppel ab 16.04.1985 // Jürgen Engel ab 19.04.1985 // Priska Hinz ab 15.04.1985 // Franz-Peter Jakob (†) ab 15.02.1984 // Jan Kuhnert ab 15.04.1984 // Bernd Messinger ab 10.04.1985 // Jochen Vielhauer ab 15.04.1985

SPD: 46,2%
CDU: 39,4%
FDP: 7,9%
GRÜNE: 5,9%

Erste Verhandlungen zur Regierungsbildung durch Tolerierung

1983 ergab sich nach der Neuwahl in Hessen eine rechnerische Mehrheit von SPD und GRÜNEN. Nach heftiger interner Debatte haben wir GRÜNE die SPD aufgefordert, in Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit uns einzutreten. Es folgten öffentliche Verhandlungen, von Funk und Fernsehen begleitet und von der „Basis" in zum Teil körperlicher Anwesenheit misstrauisch beäugt und kontrolliert. Nach mehr als einem halben Jahr und einer Mitgliederversammlung in Usingen, die die Zwischenergebnisse gebilligt hatte, wurden die Ergebnisse am 19. Mai 1984 auf einer Landesversammlung in Lollar abgesegnet und die SPD-Landesregierung im Landtag von GRÜNEN und SPD gewählt.

Priska Hinz

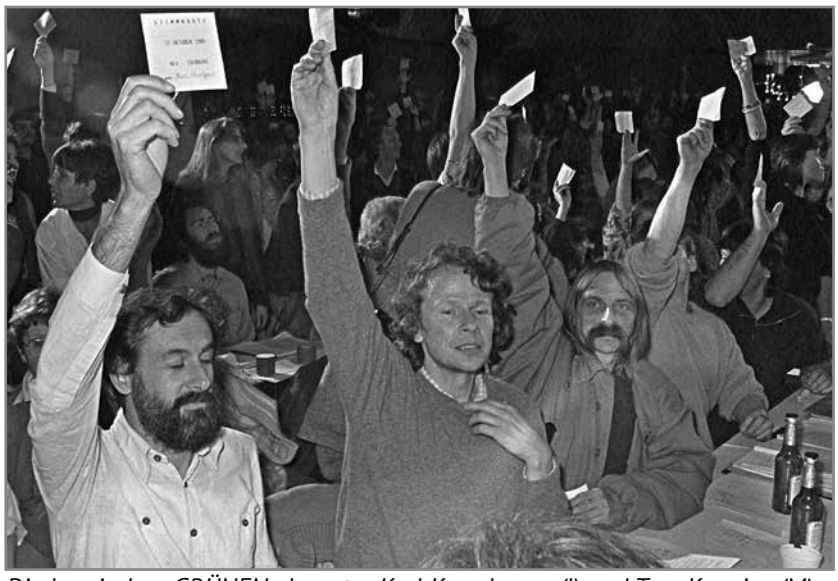
Eine ganz andere politische Kultur

Bereits 1982 und dann nach der Neuwahl 1983, zogen wir GRÜNEN (in doppelter Anzahl als wir Mandate errungen hatten) in den Landtag ein. „Landtagsgruppe" und „Bürogemeinschaft" waren die Schlagworte mit denen wir erklären wollten, wie die Rotation von Abgeordneten zu gewährleisten sei, ohne zu viel an Erfahrung zu verlieren. Abgeordnete und NachrückerInnen teilten die Arbeitsgebiete auf. Jeder Ausschuss wurde von zwei Personen „betreut" und die Büroarbeit wurde zwischen allen aufgeteilt. Bei der Presse und Öffentlichkeitsarbeit wurde darauf geachtet, dass kein Abgeordneter oder Nachrücker öfter als andere ins „Rampenlicht" trat. Schließlich waren wir alle gut und hatten in stundenlangen Sitzungen bis in die Abendstunden und am Wochenende alle Fragen und Problemlösungen bis zur Erschöpfung behandelt.

Autorin
Priska Hinz
Mitglied des Hessischen Landtags 1985 bis 1989, 1995 bis 2005 und seit 2019. Umwelt- und Familienministerin 1998 bis 1999. Seit 2014 Umweltministerin.

Verhandlungserfolge

Durch die Mitarbeit der GRÜNEN in einer parlamentarischen Mehrheit haben wir viele Ideen und Vorstellungen der Bürgerbewegungen und -initiativen in die Landespolitik einbringen können. Das Thema Umweltschutz und alternative Energien musste nun ernst genommen werden, und eine atomkritische Haltung nahm auch im Hessischen Landtag langsam einen Platz ein. Das erste hessische Frauenaktionsprogramm zur Herstellung der Gleichberechtigung wurde mit vielen Einzelschritten vereinbart und ist bis heute der Grundstein aktiver Frauenpolitik im



Die hessischen GRÜNEN, darunter Karl Kerschgens (l) und Tom Koenigs (M), stimmen auf ihrer Landesversammlung einer gemeinsamen Landesregierung ihrer Partei mit der SPD zu.

Die neue hessische Landesregierung stellt sich am 12.12.1985 den Fotografen zum Gruppenbild, nachdem der hessische Landtag in Wiesbaden mit den Stimmen von SPD und Grünen der Landesregierung und Ministerpräsident Holger Börner (SPD, vorn 2.v.l.) das Vertrauen ausgesprochen hat. Joschka Fischer (M) wurde als erster grüner Umwelt- und Energieminister in der Bundesrepublik vereidigt - ganz leger in Turnschuhen.

Parlament geblieben. Im Schulbereich wurden die ersten sechsjährigen Grundschulen und die Integration behinderter Kinder offizieller Bestandteil von Regierungspolitik. Auch ein Kapitel „Frieden" findet sich in der Vereinbarung. Auf 112 eng beschriebenen Seiten wurden nicht nur Übereinkommen festgehalten, sondern auch „grundsätzliche Haltungen beider Parteien" zum jeweiligen Thema oder einfach der Dissens mit dem Hinweis auf weitere ausführliche Diskussion. So wurde auch unsere Ablehnung der Startbahn West noch einmal festgehalten. Im grünen Druckwerk der Vereinbarungen haben wir in der Bleiwüste auch die Übereinkunft zum „Shanghaier Kugelfischabkommen" erfunden und aufgenommen, was niemandem sonderlich auffiel und noch heute zur Erheiterung führt.

Highlights

Zu Beginn unserer Parlamentsarbeit fuhren wir als Landtagsgruppe zu Klausuren in Selbstversorgerhäuser – möglichst billig, möglichst abgelegen und möglichst alternativ – nach unseren damaligen Vorstellungen. Eine beträchtliche Zeit ging also schon immer für die Vorbereitung unserer Mahlzeiten drauf, und es kam nicht selten vor, dass wir beim Kartoffelschälen die nächsten Verhandlungen mit der SPD vorbereiteten. Als wir das erste Mal in ein Tagungshotel in Poppenhausen fuhren (wir wollten nicht mehr selber kochen), gab es einen Aufschrei der Basis und eine heftige Diskussion auf dem damaligen Landeshauptausschuss (heute Parteirat). Die Fraktion hat sich durchgesetzt – sie fährt noch heute in Hotels. Das Förderstufenabschlussgesetz (die Bürokratie lässt grüßen) wurde zwischen GRÜNEN und SPD in Armenien verhandelt. Zum Abschluss einer Reise im Rahmen der Länderpartnerschaft wartete unsere Delegation auf der Flughafenterrasse in Eriwan auf den Abflug. Da die Maschine ca. sieben Stunden Verspätung hatte, nutzten Hartmut Holzapfel und ich die

Zeit, um die in Wiesbaden festgefahrenen Verhandlungen zu einem Ergebnis zu bringen. In diesem Falle mussten wir sogar ohne unser bevorzugtes Getränk in Armenien, den Ananassaft aus (und mit) der Blechdose, auskommen. Das Verhandlungsergebnis wurde dann in einem Moskauer Hotel durch einen Theaterauftritt eines Ministeriumsbeamten besiegelt.

Die Grünen-Politiker (l-r) Joschka Fischer, Karl Kerschgens, Staatssekretär im Umweltministerium, und Marita Haibach, Staatssekretärin für Frauenfragen, hüllen sich am 12.12.1985 im Hessischen Landtag in Schafpelze.

Regierungsbeteiligung

Mit der Zeit wuchsen die Zweifel bei uns GRÜNEN, ob grüne Politik ohne personelle Beteiligung an der Regierung wirklich umgesetzt werden konnte. Trotz des energischen Widerstandes der „Fundamentalisten" wurden 1985 von den „Realos" Koalitionsverhandlungen geführt und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Nach der Rotation, aber weiter in der Zusammensetzung der Landtagsgruppe, wurde die Besetzung des Umweltministeriums durch Joschka Fischer als Minister und Karl Kerschgens als Staatssekretär festgelegt. Eine GRÜNE Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten mit eigener Behörde wurde mit Marita Haibach in die Regierung berufen. Auch in dieser Frage gab es heftige Auseinandersetzungen über die Strategie und Zukunft der Partei, aber die Mehrheit war der Meinung: „Selber machen ist besser".

Das Scheinwerferlicht auf den ersten grünen Umweltminister konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass die Herausforderungen und Schwierigkeiten immens waren. Parteiinterne Diskussionen waren zu bestehen, der Umgang mit der Bürokratie und den Fallstricken der Verwaltung war aufreibend. Das wenig abgeklärte – eher reflexhafte – Verhalten zwischen SPD und GRÜNEN war problematisch. Tatsächlich aber brachte die Haltung der SPD die erste rot-grüne Koalition 1987 zu Fall, ausgelöst durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner zu den Hanauer Nuklearanlagen. Die SPD konnte sich vom Atomkurs noch nicht lösen und lehnte die Stilllegung der Nuklearbetriebe in der Neuauflage der Koalition mit dem Umweltminister Joschka Fischer ab. 1991 war da späte Genugtuung.

SPD-Wirtschaftsminister Ulrich Steger (l) kommt vor Beginn der Landtagssitzung am 17.02.1987 in Wiesbaden mit dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Jochen Vielhauer (M) und der Grünen-Abgeordneten Priska Hinz (r) ins Gespräch.

1987 - 1991

Die GRÜNE Fraktion in der 12. Legislaturperiode:

Iris Blaul // Hans Christoph Boppel bis 14.11.1989 // Joseph Fischer // Fritz Hertle // Priska Hinz bis 28.09.1989 // Angela Korwisi // Rupert von Plottnitz // Herbert Reeh // Irene Soltwedel // Daniela Wagner-Pätzhold

Ulrike Riedel ab 28.09.1989 // Reinhold Weist ab 15.11.1989

CDU: 42,1%
SPD: 40,2%
GRÜNE: 9,4%
FDP: 7,8%

Vier Jahre entschlossener Kampf um die Rückkehr in die Regierung

Die Stimmung war angespannt bis feindselig, das Klima frostig bis eisig. Keine guten Aussichten für einen neuen Start der GRÜNEN im Hessischen Landtag nach der Landtagswahl im April 1987. Nach 40 Jahren SPD-geführter Landesregierung gewinnt die CDU zusammen mit der FDP zum ersten Mal im traditionell roten Hessen die Wahl. Schuld daran sind in den Augen der Sozialdemokraten die GRÜNEN: Sie drohten der SPD nach 13 Monaten gemeinsamer Regierung mit Koalitionsbruch. Grund: Die SPD will ein weiteres Genehmigungsverfahren für die Hanauer Plutoniumfabrik Alkem. Ministerpräsident Holger Börner entlässt seinen Umweltminister Joschka Fischer nach der ersten rot-grünen Koalition in Hessen am 9. Februar. Neuwahlen werden für April vorgesehen. Die GRÜNEN gewinnen zwar 3,5 Prozent dazu, doch es reicht nicht mit der SPD. Es kann deren Verluste – minus 6 Prozent – nicht ausgleichen. Walter Wallmann übernimmt bei einer Stimme Mehrheit im Hessischen Landtag mit der FDP die Regierung.

Maja von Sczepanski 1986

Autorin
Maja von Sczepanski
Freie Journalistin, Landespolitische Korrespondentin der Frankfurter Neuen Presse 1980 - 1989.

Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei...

Die Freude der zehn GRÜNEN-Abgeordneten über ihren Stimmenzuwachs kollidiert mit den stinksauren Gesichtern der Sozialdemokraten.

Die erste rot-GRÜNE Koalition in einem Bundesland ist am 09.02.1987 endgültig gescheitert. Der ehemalige hessische Umweltminister Joschka Fischer von den GRÜNEN wird am späten Nachmittag des 09.02.1987 beim Verlassen der Staatskanzlei in Wiesbaden von Journalisten, Fotografen und Kameraleuten umringt. Er hatte zuvor seine Entlassungsurkunde von Ministerpräsident Börner erhalten.

Die GRÜNEN blockieren am 09.02.1989 in einer spontanen Aktion gemeinsam mit hessischen Landtagsabgeordneten die Zufahrt zum Kernkraftwerk Biblis. Auf dem Bild sind u.a. Daniel Cohn-Bendit, Daniela Wagner, der ehemalige hessische Umweltminister Joschka Fischer, Hubert Kleinert und Iris Blaul zu sehen.

Joschka Fischer ballt in dieser Wahlnacht die Faust in der Hosentasche und verspricht den Christdemokraten innerlich: „Wir werden Euch vor uns hertreiben". Anlass dazu ist die nicht enden wollende Siegesfreude der CDU: Franz Josef Jung und die Junge Union fahren Fahnen schwingend in offenen Autos um den Landtag herum und singen die halbe Nacht lang sehr lautstark: „Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei".

In diese Legislaturperioden fallen mehrere höchst brisante Untersuchungsausschüsse. Es fängt mit dem Schmiergeld-Skandal bei Transnuklear in den Hanauer Plutoniumwerken an. Der Jurist Rupert von Plottnitz hat zum ersten Mal ein Mandat im Landtag und sitzt für die GRÜNEN in diesem Untersuchungsausschuss. Er macht es dem Ausschussvorsitzenden Klaus Peter Möller (CDU), wenn auch mit aller gebotenen rechtsanwältlichen Höflichkeit, nicht leicht. Am Rande der Sitzungen agiert Fischer mit lauten Zwischenrufen. Wallmann, als ehemaliger Bundesumweltminister, gerät in Bedrängnis und lässt sich durch einen solchen Zwischenruf das Wort „Proliferation" von Fischer in den Mund legen, wie er später sagt. Wallmann wirkt durch diesen Untersuchungsausschuss bereits angeschlagen.

Arm in Arm mit dem Bund der Steuerzahler

Der Diätenskandal ist der nächste Schlag für die CDU, auch für Wallmann. Iris Blaul, GRÜNEN-Fraktionsvize neben Fischer, rechnet am Küchentisch die neue Diätenregelung aus, die der

Joschka Fischer legt sich schwer ins Zeug vor rot-GRÜNEN Kussmündern während des Wahlkampfs der GRÜNEN für die hessische Landtagswahl am 21.03.1987 in Frankfurt am Main. Trotzdem reicht es am Ende nicht.

CDU-Landtagspräsident Jochen Lengemann mit seinem SPD-Vize Erwin Lang im Januar 1988 vorgelegt hat. Der „Zugewinn" und die Altersversorgung sind mehr als üppig. Bald finden sich die GRÜNEN im Kampf gegen diese Selbstversorgung in ungewohnter Nähe, Arm in Arm mit dem Bund der Steuerzahler. Wallmann hatte das Gesetz unterschrieben, die beiden Landtagspräsidenten müssen zurücktreten.

Beinahe-GAU in Biblis

Für den nächsten Untersuchungsausschuss sorgten die Zitate des damaligen Innenministers Gottfried Milde (CDU) aus geheimen Telefonabhöraktionen. Wie elektrisiert sprangen die GRÜNEN von den Sitzen im Plenum und klärten die Journalisten auf der Tribüne über die Ungeheuerlichkeit auf. Der verheimlichte Beinahe-Gau im Atomkraftwerk Biblis lieferte die nächsten Schlagzeilen. Die SPD brachte Wallmann mit seinen Tulpenzwiebeln in die Schieflage. Die wuchsen nämlich in seinem Frankfurter Garten, wurden aber nicht aus seiner Tasche, sondern von der Stadt bezahlt. Und die Auslagerung der Genehmigungsakten für die Hanauer Plutoniumwerke aus dem hessischen Umweltministerium unter Karlheinz Weimar (CDU) – ausgerechnet in die Atomschmiede nach Hanau – machte den Kohl zum Schluss noch fett. Alles Themen, die den GRÜNEN auf den Leib geschrieben waren. Die treibende Kraft in diesen vier Jahren, um der CDU/FDP-Regierung die Mehrheit wieder abzujagen, waren sicherlich die GRÜNEN, allen voran ohne Zweifel Fischer. Die SPD tat sich schwer, den Schock zu verdauen.

1991 - 1995

Die GRÜNE Fraktion in der 13. Legislaturperiode:

Iris Blaul bis 08.04.1991 // Joseph Fischer bis 08.04.1991 // Fritz Hertle // Karl Kerschgens // Rupert von Plottnitz bis 13.10.1994 // Evelin Schönhut-Keil // Senta Seip // Irene Soltwedel bis 18.07.1994 // Daniela Wagner bis 15.11.1994 // Reinhold Weist

Horst Burghardt ab 08.04.1991 // Jürgen Frömmrich ab 15.11.1994 // Karin Hagemann ab 08.04.1991 // Maria Marx ab 10.11.1994 // Hans-Jürgen Schülbe ab 14.10.1994 // Margareta Wolf ab 22.07.1994 bis 09.11.1994

SPD: 40,8%
CDU: 40,2%
GRÜNE: 8,8%
FDP: 7,4%

Politik in Zeiten rot-grüner Harmonie und finanzieller Zuwächse

Der Wahlabend war wie so oft eine Zitterpartie. Erst gegen 21 Uhr stand mit dem 10. Mandat für die GRÜNEN - das war auch noch mein Listenplatz- die Abwahl von Wallmann & Co. bereits nach vier Jahren fest. Deren Pannen-Serie und der erste Golfkrieg machten einen damals wenig bekannten Kasseler Oberbürgermeister namens Hans Eichel zum neuen Ministerpräsidenten. Mit viel Elan gingen Rot und GRÜN in ausgiebige Koalitionsgespräche auf gleicher Augenhöhe: Atom-Ausstieg und neue Kindergärtenplätze, moderne Drogenhilfe und Investitionen in Wind und Sonne mündeten in ein großes Umweltministerium und ein hübsches Familienministerium, das den ersten kleinen Familienkrach in Fraktion und Landesverband auslöste. Auch die Bonner Bühne des Bundesrates wurde mit GRÜNEN bestückt. Hessen sollte auch seinen Beitrag zur Rückkehr in den Bundestag leisten, was ja 1994 mit Joschka und Antje Vollmer kraftvoll gelang.

Reinhold Weist 1991

Autor
Reinhold Weist
Mitglied des Hessischen Landtages von 1989 bis 1999, Parlamentarischer Geschäftsführer 1991 bis 1998.

Für die vielen kleinen Erfolge fehlt hier der Raum. Es war eine Zeit des rot-grünen Aufbruchs. Eine aus heutiger Sicht anfangs gute Finanzlage des Landes wurde zum Abbremsen des Schuldenanstiegs genutzt, was bis heute als Herzstück solider rot-grüner Finanzpolitik gilt. Ansonsten wurde manch rotes und grünes

Die Parteispitzen am Abend der hessischen Landtagswahl am 20.1.1991 im ARD-Wahlstudio in Wiesbaden: (l-r) Wolfgang Gerhardt von der FDP, Joschka Fischer von den GRÜNEN, Wahlsieger Hans Eichel von der SPD, Moderator Klaus-Peter Schmidt-Deguelle und Walter Wallmann von der CDU.

Der neue hessische Ministerpräsident Hans Eichel (r, SPD) und der Umweltminister und stellvertretende Regierungschef Joschka Fischer (l, Grüne) nach der Vereidigung am 5. April 1991 im hessischen Landtag in Wiesbaden.

Herzensanliegen mit kleineren und größeren Förderprogrammen bedacht. Teuerstes Vorhaben war die Einstellung von 3000 neuen Lehrern. GRÜNE standen für ein faires Miteinander von Gesamtschulen und Gymnasien, das Raum für Neues eröffnete, statt alte Grabenkämpfe weiterzuführen. Die Schulpolitik sollte sich endlich nicht in jeder Wahlperiode ändern. Kleine Klassen und neue Schulprofile sorgten für gute Stimmung bei Lehrern, Schülern und Eltern, bis die enger werdenden Finanzen auch den Schulen Umschichtungen und Einsparungen zumutete.

Das bundesweit erste ÖPNV-Gesetz

In der Verkehrspolitik gab es das bundesweit erste ÖPNV-Gesetz, indem die beiden Verkehrsverbünde und der Ausbau von Schienennetz und Bustakten festgeschrieben wurde. Zwei Jahre lang stemmte sich das rot-grüne Hessen gegen die Bundesautobahnen A 44 und A 49 in Nordhessen. Nach deutlichen Wählerverlusten der SPD bei der Kommunalwahl 1993 musste dies im Falle der A 44 korrigiert werden. Im Gegensatz zur Energie- und Atompolitik fehlen in der Verkehrspolitik bis heute gesellschaftliche Mehrheiten für eine Begrenzung des Autoverkehrs.

Bürgerbeteiligung vor Ort

Mit Bürgerentscheiden in den Gemeinden haben wir jetzt viele Jahre Erfahrung, weil Hessen damals als erstes Bundesland diesen Schritt direkter Demokratie neu einführte. Wir GRÜNEN und andere, die uns beim Thema Ausbau der Bürgerbeteiligung folgten, mussten dabei lernen, dass es auch Mehrheiten gegen unsere Anliegen geben kann, wie beim Votum in Hamburg gegen die 6-jährige Grundschule, in Baden-Württemberg für Stuttgart 21 oder in Lübeck für den dortigen Regionalflughafen. Ungeklärt bis heute ist etwa, zu welchem Zeitpunkt solch ein Bürgervotum vernünftig ist.
Ein Studiengang „ökologischer Landbau“ an der

Das neue hessische Kabinett stellt sich am 5. April 1991 den Fotografen. Vordere Reihe (l-r): Heide Pfarr, Joschka Fischer, Ministerpräsident Hans Eichel, Herbert Günther, Evelies Mayer und Jörg Jordan. Hintere Reihe (l-r): Ernst Welteke, Christiane Hohmann-Dennhardt, Annette Fugmann-Heesing, Iris Blaul und Hartmut Holz.

Universität Kassel/Witzenhausen und Zuschüsse für Bauern sollten Anreiz zur Umstellung auf Bio-Lebensmittel bieten. Mit der Grundwasserabgabe wurde kostbares Wasser ein bisschen teurer, um damit Wasserspar-Techniken und eben diesen Öko-Landbau zu fördern. Ein kluger Weg, der diese Förderung den Sparzwängen entzog. Umweltpolitik war mehr als Atom-Ausstieg.

Kein Wunder also, dass Rot und GRÜNE dem Wahltag optimistisch entgegensahen. Für die Hessen-GRÜNEN gab es 1995 mit 11,2 Prozent und 13 Mandaten ihren damals größten Wahlerfolg. Mit dem neuen Justizministerium und dem kombinierten Umwelt- und Familienministerium ging es in turbulente Zeiten, weil auch der oppositionelle Impetus der GRÜNEN mit der schwerer werdenden Regierungsverantwortung noch nicht abschließend ausgetragen war. Dies klärte dann die rot-grüne Zeit unter Fischer und Schröder.

Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wird die Hessische Gemeindeordnung novelliert und mit dem 1. April 1993 werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Hessen eingeführt. Damit erhielten die Bürgerinnen und Bürger in Hessen als einem der ersten Bundesländer die Möglichkeit, direkt in die Kommunalpolitik einzugreifen. In einem der ersten Bürgerentscheide verhinderten die Wiesbadener 1993 eine Bebauung des Dern'schen Geländes. Heute ist der Platz zu einem wichtigen innerstädtischen Freiraum geworden, auf dem zahlreiche Veranstaltungen wie die Rheingauer Weinwoche und der Wochenmarkt stattfinden.

1995 - 1999

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Hessen

Die GRÜNE Fraktion in der 14. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Iris Blaul bis 05.04.1995 // Horst Burghardt bis 01.09.1997 // Karin Hagemann bis 09.10.1997 // Ursula Hammann // Fritz Hertle // Priska Hinz bis 31.03.1998 // Alexander Müller // Ronja Perschbacher // Rupert von Plottnitz bis 05.04.1995 // Evelin Schönhut-Keil // Senta Seip // Reinhold Weist bis 07.12.1998

Dagmar Deutschendorf ab 09.09.1997 // Jürgen Blutte ab 01.04.1998 // Sigrid Erfurth ab 08.12.1998 // Andreas Kammerbauer ab 10.10.1997 // Frank-Peter Kaufmann ab 05.04.1995 // Maria Marx ab 05.04.1995

CDU: 39,2%
SPD: 38,0%
GRÜNE: 11,2%
FDP: 7,4%

Von Bürgerrechten und Luxusknästen

Für die hessischen GRÜNEN lag das Interesse an der Übernahme des Justizressorts 1995 in der Chance, die eigenen bürgerrechtlichen und rechtsstaatliberalen Ansätze politisch zu stärken und zu akzentuieren. Die SPD verfügt zwar gerade in Hessen – namentlich in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – über bedeutsame liberale rechtsstaatliche Traditionen, verkörpert in Namen wie Georg August Zinn, Adolf Arndt oder dem einstmaligen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, hielt aber, aus Sicht der GRÜNEN dankenswerterweise, in den Koalitionsverhandlungen 1995, das Justizressort der Mühe eines heftigen Kampfes für nicht wert.

Rupert von Plottnitz

Der erste GRÜNE Justizminister ein Schock für die CDU

Für die CDU als seinerzeitige Oppositionspartei war der „erste GRÜNE Justizminister" allerdings ein ziemlicher Schock. In Angelegenheiten der Innen- und Justizpolitik hielt und hält sie sich in Hessen bekanntlich nach wie vor für so etwas wie die geborene Monopolpartei. Über die Jahre bis 1995 hatte sie sich mit viel Müh' und Not an grüne Ministerinnen und Minister im Umwelt- oder Frauenressort gewöhnt. Aber ein leibhaftiger GRÜNER im Justizressort, wo es im Falle eines Falles auch um die Ernennung von Gerichtspräsident*innen und Generalstaatsanwält*innen geht und noch dazu einer,

Autor

Rupert von Plottnitz
Mitglied des Hessischen Landtages von 1987 bis 1994, Fraktionsvorsitzender 1991 bis 1994. Von 1994 bis 1995 Hessischer Umwelt und von 1995 bis 1999 Hessischer Justizminister.

GRÜNE Abgeordnete und Mitarbeiter der 14. Legislaturperiode.

SPD und GRÜNE wollen in den Tagen nach der Wiederwahl Koalitionsverhandlungen aufnehmen. l-r: Armin Clauss (SPD), Reinholt Weist (GRÜNE), Udo Schlitzberger (SPD), Iris Blaul (GRÜNE), Rupert von Plottnitz (GRÜNE), Ministerpräsident Hans Eichel (SPD), Fritz Härtle (GRÜNE), Lothar Klemm (SPD) und Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) stellen sich am 20. Februar 1995 zu einem Gruppenfoto auf.

der in den großen Staatsschutzprozessen der siebziger Jahre nicht die Bank der Ankläger oder Richter, sondern die der Verteidigung verstärkt hatte, das war denn doch zu viel für die eigene schreckhafte politische Seele. Zum Zwecke der Kühlung des eigenen Mütleins musste eine breit angelegte Kampagne her, um die Bürgerinnen und Bürger auf den alsbaldigen Untergang des Hessenlandes im Zeichen des „Sicherheitsrisikos grüner Justizminister" vorzubereiten. Nimmermüder Eifer über ganze vier Jahre hinweg war der Hessen-CDU dabei ebenso wenig zu bestreiten wie manch' satiregeeigneter Rohrkrepierer im Eifer des Gefechtes. Die Sache mit dem sogenannten und angeblichen „Luxusknast" in Weiterstadt zum Beispiel. Dessen Errichtung, inklusive Hallenbad, wurde der Öffentlichkeit von der CDU als typisches Produkt der abenteuerlichen Vorstellungen eines grünen Justizministers präsentiert. Da gelang es erst mit dem Hinweis, dass Knast und Hallenbad bereits 1989 vom damaligen Finanzminister Manfred Kanther (CDU) und seinem Parteifreund im Justizressort Karl Heinz Koch beschlossen und verkündet worden waren, und dass ein Hallenbad im Knast selbst aus dem Licht eines grünen Justizministers nicht zu den unveräußerlichen Menschenrechte gehöre, für die notwendige Ernüchterung zu sorgen.

Mischung aus Maulheld und Papiertiger

In der rechts- und kriminalpolitischen Sache selbst erwies sich die Hessen-CDU allerdings schnell als die arttypische Mischung aus Maulheld und Papiertiger, als die sie sich mittlerweile auch in der Regierungsrolle bekannt gemacht hat: Im Umgang mit den Eierdieben dieser Welt prompt mit dem Ruf nach der ganzen Strenge des Gesetzes zur Stelle, dafür aber Nachsicht und Täterfreundlichkeit im Umgang mit den Übeln der Wirtschaftsdelinquenz und der Korruption. Das Vorhaben eines Unternehmens-

Die jüngsten Abgeordneten des Hessischen Landtages in der 14. Legislaturperiode (l-r): Frank Gotthardt, (24, CDU), Ronja Perschauer, (23, GRÜNE) und Tarek Al-Wazir, (24, GRÜNE), vor dem Eingang des hessischen Landtags am 3. Juli 1995 in Wiesbaden.

strafrechts, mit dem das grüne Justizressort 1998 im Interesse einer größeren Effektivität der Strafverfolgung im Bereich der Wirtschaftskriminalität im Bundesrat initiativ wurde, stieß bei der Hessen-CDU auf strikte Ablehnung.

Verteidigung des Rechtsstaates und der Bürgerrechte

In der Auseinandersetzung mit dem kriminalpolitischen Populismus der Kochs und Christean Wagners von der CDU war die Verteidigung des Rechtsstaates und der Bürgerrechte durch das grüne Justizressort in der Zeit von 1995 bis 1999 sicherlich nicht immer einfach und bequem.

Anders als die CDU auf Bundesebene im Falle des Bundesinnenministers von der SPD wäre kein CDUler in Hessen je auf den Gedanken gekommen, öffentlich zu erklären, der grüne Justizminister könnte „einer von uns" sein. Der Sache geschadet hat das nicht.

Die vier Spitzenkandidaten zur Landtagwahl 1999, v.l. Ministerpräsident Hans Eichel (SPD), Ruth Wagner (FDP), Priska Hinz (GRÜNE) und Roland Koch (CDU), am 2. Dezember 1998 in Frankfurt am Main.

1999 - 2003

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Hessen

Die GRÜNE Fraktion in der 15. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Ursula Hammann // Priska Hinz //
Frank-Peter Kaufmann // Alexander Müller bis 25.01.2001 //
Rupert von Plottnitz // Evelin Schönhut-Keil // Barbara Weitzel

Sarah Sorge ab 26.01.2001

CDU: 43,4%
SPD: 39,4%
GRÜNE: 7,2%
FDP: 5,1%

CDU = Koch = Schwarzgeld

Die Legislaturperiode begann mit einem Desaster: Nach einer widerlichen ausländerfeindlichen CDU-Wahlkampagne zur Doppelten Staatsbürgerschaft haben wir GRÜNE unsere bitterste Niederlage bei einer Landtagswahl erlitten – unser Wahlergebnis ist auf 7,2 Prozent gesunken, ein Verlust von 4 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis hat uns in die Opposition und Roland Koch in das Ministerpräsidentenamt geführt. Ehrlich resümiert war nicht allein das spaltende Geschick von Roland Koch, sondern auch massive eigene Fehler der rot-grünen Landesregierung sowie die zum damaligen Zeitpunkt nicht ruhmreiche Bilanz der noch neuen rot-grünen Bundesregierung Schuld an diesem desaströsen Ergebnis.

Sarah Sorge

Der CDU-Spendenskandal

Die prägendste Erinnerung an diese Wahlperiode lautet: „CDU = Koch = Schwarzgeld“. Heute kaum noch vorstellbar ist, dass zu Beginn des 99er-Landtagswahlkampf nur Eingeweihte wussten, wer Roland Koch überhaupt war. Heute steht Roland Koch in der Reihe „Dregger, Kanther, Koch“ als einer der wichtigsten Protagonisten für den Kampfverband Hessen-CDU. Und er steht wie kaum ein anderer für einen politischen Lügner.

Erinnern wir uns doch mal kurz an den größten politischen Skandal unseres Bundeslandes: Kurz vor Weihnachten 1999 sind bei der Hessen-CDU über 20 Millionen Euro aufgetaucht. Roland Koch hatte über die Herkunft mehrfach die Unwahrheit gesagt, die wahre Herkunft wurde mit Tricksereien und Ausreden verschleiert und

Autorin
Sarah Sorge
Mitglied des Hessischen Landtages von 2001 bis 2012.

Die GRÜNE Fraktion im Hessischen Landtag im Jahr 2002.

im Schwarzgelduntersuchungsausschuss kam vieles, aber noch lange nicht alles zu Tage. Der Schwarzgeldskandal hat die innerparteilichen Strukturen, den Corpsgeist der hessischen CDU, insbesondere auch deren mangelnde Fähigkeit zu Kritik aus den eigenen Reihen aufgezeigt, wie kein anderes Ereignis. Der Schwarzgeldskandal - und im Besonderen auch noch der Skandal im Skandal: Das perfide Erfinden der angeblichen jüdischen Vermächtnisse - hat für viele das Bild der hessischen CDU und auch das Bild Roland Kochs geprägt und sicher auch einen Großteil dazu beigetragen, dass die Gräben zwischen uns GRÜNEN und ‚den Schwarzen' im Hessischen Landtag ganz besonders tief waren. Mir ist aus dieser Zeit in Erinnerung, dass mich damals viele Menschen ernsthaft fragten, , ob ich Roland Koch denn die Hand schütteln würde. Meine Antwort, halb Spaß halb Ernst: „Ja, aber danach gehe ich mir sofort die Hände waschen."
Die Wiederwahl Roland Kochs und der Hessen-CDU nach der Legislaturperiode 1999 bis 2003 hat gezeigt, dass aktuelle Betroffenheit bei der Wahlentscheidung eine immer größere Rolle spielt und ein politisch-historisches Gedächtnis immer mehr schwindet. Beruhigend war vor diesem Hintergrund die Erfahrung, dass der erneute Versuch eines spaltenden Wahlkampfs der Koch-CDU im Jahr 2008 gescheitert ist.

NEIN zum Flughafenausbau

Nach der Eröffnung der Landebahn am Frankfurter Flughafen wurde mir bewusst, wie klug,

Stand der Landtagsfraktion auf dem Hessentag 2002.

Die neue Fraktionsvorsitzende Priska Hinz und ihr Stellvertreter Tarek Al-Wazir geben nach der Wahlniederlage am 12. Februar 1999 ein Pressekonferenz.

informiert und weitsichtig wir GRÜNE in Bezug auf den Flughafenausbau schon vor über zwanzig Jahren waren. All das, was die Bevölkerung und auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien nach der Bahneröffnung am Flughafenausbau kritisieren, habe ich dank der Weitsicht und der argumentativen Unterstützung von Frank Kaufmann schon vor Jahren prognostiziert: Die Lärmbelastung, die Schadstoffbelastung und die Auswirkungen auf die Gesundheit, die soziale Infrastruktur und auf weite Teile der Region. Und auch wenn die Auswirkungen des Ausbaus für die Region in Teilen nicht zu ertragen sind, tut es gut heute von vielen Menschen vor Ort zu hören, sie hätten uns GRÜNE damals für ökologische Spinner gehalten und müssten heute im Nachhinein selbstkritisch feststellen: Wir GRÜNE hatten all die Jahre Recht!

Bildungskonzepte statt Schulkampf

In die Zeit der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 fiel auch die Diskussion über die PISA-Studie und die Schlüsse, die aus den Ergebnissen der Studie gezogen werden sollten. Hier haben

wir den Grundstein dafür gelegt zu zeigen, dass uns GRÜNEN bildungspolitische Konzepte wichtiger sind als die Fortsetzung des Schulkampfs. Während die CDU weiter am dreigliedrigen Schulsystem festhielt und die SPD nun statt der Gesamtschule die Gemeinschaftsschule proklamierte, haben wir die Probleme unseres Schulsystems genauer analysiert. Und nach dieser Analyse haben wir differenziertere Antworten gegeben und mit dieser Vorarbeit schon die Richtung, für die bildungspolitischen Konzepte, die in der Legislaturperiode von 2003 bis 2008 erarbeitet wurden, eingeschlagen und deren Weg geebnet.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Schon seit Jahren und Jahrzehnten sind ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf' und ‚Gute und chancengerechte Bildung von Anfang an' grüne Themen mit hoher Priorität. So haben wir bereits in der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 unter dem Schlagwort ‚Kindergärten zu Bildungsgärten' konzeptionelle Ideen entwickelt, wie wir uns qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung vorstellen. Bei der Kinderbetreuung den Bildungsaspekt gleichwertig neben den Betreuungsaspekt zu stellen, klingt heute so selbstverständlich; damals war es innovativ. Inzwischen sind diese Positionen in der Bildungs- und Familienpolitik auch bei CDU und CSU

Podium anlässlich der 20-Jahr-Feier der Landtagsfraktion im Jahr 2002.

angekommen. Dennoch ist hier Wachsamkeit geboten. Die alten Positionen sitzen einigen, so meine Prognose, noch in den Knochen und der Rückwärtsgang wird in der Politik manchmal schneller eingelegt, als man für möglich gehalten hätte.

Wegbereitung der Konzeptpartei

Alles in allem lässt sich selbstbewusst sagen, dass wir schon in unserer ersten Legislaturperiode als Opposition in der ‚Koch-Ära' den Weg hin zur Konzeptpartei geebnet und beschritten haben. Vor 10 Jahren habe ich an dieser Stelle geschrieben: „Ich hoffe sehr, dass sich unsere gute Arbeit in das langfristige Gedächtnis der Wähler*innen eingeprägt hat und eine zukünftige Abgeordnete bei der Bilanzbroschüre 40-Jahre GRÜNE Hessen von der kommenden Legislaturperiode über eine erfolgreichen Zeit und der Umsetzung unserer Konzepte in der Regierung berichten kann." So ist es gekommen. Für die 50-Jahre-Bilanzbroschüre prognostiziere ich die grüne Eroberung der Staatskanzlei.

Verteilaktion auf dem Weihnachtsmarkt in Wiesbaden im Jahr 2002.

2003 - 2008

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Hessen

Die GRÜNE Fraktion in der 16. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Jürgen Frömmrich // Ursula Hammann // Martin Häusling // Priska Hinz bis 10.10.2005 // Margaretha Hölldobler-Heumüller // Andreas Jürgens // Frank-Peter Kaufmann // Evelin Schönhut-Keil bis 31.08.2005 // Kordula Schulz-Asche // Sarah Sorge // Mathias Wagner

Marcus Bocklet ab 11.10.2005 // Sigrid Erfurth ab 01.09.2005

CDU: 48,8%
SPD: 29,1%
GRÜNE: 10,1%
FDP: 7,9%
Sonstige: 4,1%

Düstere Allmachtsfantasien der Hessen-CDU

Es war für uns GRÜNE schon eine arge Enttäuschung als am Abend des 2. Februar 2003 Roland Koch mit einer absoluten Mehrheit der Mandate in die neue Legislaturperiode startete. Das durfte doch eigentlich nicht wahr sein: die Hessen-CDU regiert erstmals allein und Koch kommt obendrein gestärkt aus dem Schwarzgeldskandal heraus. Obwohl für alle sichtbar seine Lügengebäude krachend zusammengebrochen waren, hatten ihn dennoch die hessischen Wählerinnen und Wähler mit mehr Zustimmung denn je belohnt; vielleicht auch weil man lieber einen Regierungschef wollte, der zwar unehrlich und mit allen Wassern gewaschen war, aber auch deutlich cleverer als der biedere SPD-Gegenkandidat.

Frank Kaufmann

Operation düstere Zukunft

So gestärkt konnte die schwarze Mehrheit dann auch gegenüber ihrer zuvor mit Eifer betriebenen Misswirtschaft einen Kurswechsel einläuten – mal wieder von Unehrlichkeit geprägt, weil nämlich gar nicht wirklich gespart wurde. Wie bei Koch üblich, geschah dies mit großem Getöse; der Chef leitete die Präsentation und dozierte höchst selbst, während Finanzminister Karlheinz Weimar nur noch die Folien wechseln durfte. Von uns GRÜNEN wurde diese Aktion, bei der reichlich Landesvermögen verkauft und vor allem die Bediensteten heftig belastet wurden, dann auch die „Operation Düstere Zukunft“ genannt. Ohne auf Gegenargumente oder Proteste zu hören, setzten die Regierung Koch und ihre CDU-Claqueure eine massive Arbeitszeiterhöhung für die Beamt*innen bei gleichzeitiger Einkommenskürzung durch. Damit konnte dann auch vorgerechnet werden, dass man über tausend Lehrer*innenstellen faktisch einsparen konnte, ohne Einbußen am Unterricht zu haben – natürlich nur in der Theorie.
Ergänzt wurden die Einschnitte der Operation Düstere Zukunft noch mit Zuschusskürzungen um rund 30 Millionen Euro vor allem für diejenigen sozialen Initiativen, die Koch schon immer

Autor
Frank Kaufmann
Mitglied des Hessischen Landtages seit 1995, parlamentarischer Geschäftsführer 1998 – 2008.

Die GRÜNE Fraktion im Hessischen Landtag im Jahr 2005.

ein Dorn im Auge waren, wie Frauenhäuser, Schuldner- und Erziehungsberatungen. Doch eine Konsolidierung der Finanzlage des Landes fand nicht statt, auch die danach aufgestellten Landeshaushalte überschritten die verfassungsrechtliche Verschuldungssgrenze weiterhin; dennoch verbreitet sich hartnäckig die Legende, dass die Schwarzen sorgfältig mit Geld umgehen könnten.

Allmachtsfantasien

Wenn ein politisches Korrektiv in Form eines Koalitionspartners völlig fehlt, dann sprießen die Allmachtsfantasien heftig und erzeugen oft besonders dramatische politische Fehler. Dies hat die fünfjährige CDU - Alleinherrschaft überreichlich vorgeführt. Die Einführung der verkürzten Schulzeit von acht Jahren bis zum Abitur ist hierfür das Menetekel der Hessen-CDU. Alle Kommentare – aus Politik, Wissenschaft und Schulpraxis – hatten nachdrücklich gewarnt, dennoch wurde ein eigenwilliger hessischer Weg der Schulzeitverkürzung gewählt, der zu massiver Überlastung der Schülerinnen und Schüler vor allem in der Pubertät und in Folge sehr schnell zu lautstarken Protesten gerade auch im konservativen Klientel führte. Seitdem wird an der missratenen „Reform" herumgedoktert.

So war fast schon traditionell auch in der 16. Legislaturperiode des Landtags Schulpolitik das wichtigste kontroverse Thema hessischer Landespolitik und blieb es durchgängig. Ob Zentralabitur oder die sogenannte Unterrichtsgarantie PLUS – kritische Argumente wurden von der absoluten CDU gern übergangen und Fehler vertuscht, sodass die Kultusministerin zunehmend weniger Rückhalt fand.

Einen besonderen Kampf mussten wir GRÜNE mit der Regierungsmehrheit um die Einführung der Studiengebühren führen; hier erwies sich die FDP trotz formaler Oppositionsrolle im Landtag nicht nur als eine wichtige Stütze der Regierung, sie war geradezu die treibende Kraft. Eine von uns gemeinsam mit der SPD angestrengte Klage vor dem Staatsgerichtshof scheiterte knapp – wohl eher auch an politischen denn an rechtlichen Gründen. Die Studiengebühren – verniedlichend „Studienbeiträge" genannt – wurden Gesetz und konnten von uns erst wieder, dann gemeinsam mit SPD und LINKE, in der folgenden Legislaturperiode abgeschafft werden.

Landtag im Wiesbadener Rathaus

Mehr als die Hälfte dieser Legislaturperiode musste die Arbeit des Landtagsplenums äußerst beengt von statten gehen, weil nach nur etwas mehr als vierzig Jahren das alte Plenarsaalgebäude an der Grabenstraße abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wurde. Die Abgeordneten versammelten sich in dieser Zeit im Wiesbadener Rathaus; der dortige Plenarsaal wurde dafür dicht an dicht mit Sitzgelegenheiten vollgestellt. Die Abstände zwischen den Plätzen waren so knapp, dass Verkehrsminister Alois Rhiel in einer hitzigen Debatte zum Flughafenausbau mit einem Schritt von der Regierungsbank ans Redepult springen konnte und mit den Worten: „wo haben Sie denn das her?" versuchte, Tarek einen Brief, aus dem er gerade zitierte, wegzunehmen. Für diesen Eklat entschuldigte sich Rhiel anschließend – er wäre ihm wohl nicht passiert, wenn die Verlockung nicht so nah gelegen hätte – und wir GRÜNE mal wieder mehr Informationen hatten, als dem Minister lieb war.

Plakataktion vor dem Landtag 2006.

Diese Anekdote zeigt auch an, dass der Flughafenausbau in Frankfurt ein beherrschendes Thema während der gesamten Legislaturperiode darstellte. Mehrere Gesetzesänderungen um den Weg zum Ausbau frei zu räumen, viele vor allem von uns GRÜNEN angezettelte Debatten über die Ungereimtheiten und Widersprüche des Verfahrens und seitens der Ausbaubefürworter in CDU, FDP und auch SPD ungezählte Wiederholungen des Versprechens „kein Ausbau ohne Nachtflugverbot" kulminierten im Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zum Flughafenausbau durch Verkehrsminister Rhiel am 18. Dezember 2007. Es war zugleich das Datum der Vollendung des Wortbruchs, denn es gab zwar eine Genehmigung für den Ausbau aber keinesfalls ein Nachtflugverbot – nicht einmal in der kurzen „Frankfurter Mediationsnacht". Der politische und auch der juristische Streit über den Flughafenausbau sind seitdem immer wieder Thema geworden; erst seit GRÜNER Regierungsbeteiligung konnten substanzielle Verbesserungen erreicht werden.

Dübelskandal

Manches geht über die Zeitläufte rasch vergessen und wird zu Geschichte: Im Sommer 2006 unterstützte Roland Koch noch nachdrücklich den Antrag von RWE, die Atomkraftwerke Biblis A und B länger laufen zu lassen, als im Atomkompromiss auf Bundesebene zwischen Rot-GRÜN und der Stromwirtschaft vereinbart war. Wenige Monate später mussten beide Blöcke vom Netz, weil tausende Dübel falsch verbaut worden waren – unsere Bezeichnung „Schrottreaktor" erwies sich mal wieder als zutreffend. Die Laufzeitverlängerung kam von Bundesseite später tatsächlich und ging bald darauf im Tsunami unter. Wie gut, dass Biblis mittlerweile endgültig abgeschaltet und in Demontage übergegangen ist. Zur parlamentarischen Arbeit der Opposition gegen eine absolute Mehrheit gehört es natürlich, besonders genau hinzuschauen und nachzufragen, zumal wenn man erleben muss, wie die Regierungspartei sich immer mehr mit dem Staat gleichsetzt. So hatten wir auch in dieser Periode mehrere Untersuchungsausschüsse, von denen der letzte das politische Selbstverständnis von Roland Koch in ein besonders grelles Licht tauchte. Er hatte den hessischen Freien Wählern angeboten, ihnen für Kommunalwahlen eine Kostenerstattung zuzugestehen, wenn sie denn auf eine Kandidatur bei der Landtagswahl verzichteten. Die Vernehmungen im Untersuchungsausschuss belegten diesen Vorwurf so eindeutig, dass Roland Koch ihn im Februar 2007 bei seiner Aussage auch ausdrücklich bestätigte. Nach seinen Worten sei es eine völlige politische Normalität für „einen fairen Ausgleich" zu sorgen; er wolle, dass niemand an einer Landtagswahl nur deshalb teilnehme, um seine politische Arbeit finanzieren zu können. Ein möglicher Verzicht der Freien Wähler auf eine solche Kandidatur wäre allerhöchstens ein nicht beabsichtigter Kollateralnutzen für die Hessen-CDU, aber gleichermaßen auch für alle anderen Wahlbewerber gewesen. Natürlich konnten wir GRÜNE uns in dieser Legislaturperiode als Opposition gegen eine absolute Mehrheit der CDU, begleitet von einer kuscheligen FDP, die sich so sehr nach dem mitregieren sehnte, und einer SPD, die ihre innere Zerrissenheit und die internen Machtkämpfe geradezu lustvoll zelebrierte, als führende Kraft der besseren politischen Alternative gut präsentieren; indes waren für uns am folgenden Wahltag keine Früchte dieser Arbeit zu ernten. Die alte Weisheit, dass es keine Dankbarkeit für Geleistetes in der Politik gibt, hat sich wieder mal bestätigt. Nicht nur journalistische Beobachter fanden es unverdient, dass wir GRÜNE trotz unserer engagierten und qualifizierten Arbeit über fünf harte Oppositionsjahre als Quittung mal wieder Mandate einbüßten. Wir blieben und bleiben dennoch unverdrossen weiterhin engagiert, hartnäckig und ambitioniert.

2008 - 2009

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

CDU: 36,8%
SPD: 36,7%
FDP: 9,4%
GRÜNE: 7,5%
LINKE: 5,1%
Sonstige: 4,5%

Die GRÜNE Fraktion in der 17. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Ursula Hammann //
Margaretha Hölldobler-Heumüller // Andreas Jürgens //
Frank-Peter Kaufmann // Mürvet Öztürk //
Kordula Schulz-Asche // Sarah Sorge // Mathias Wagner

Ein Jahr wie kein anderes

Der Wechsel lag in der Luft. Die Kurve der Umfragen hatte für Roland Koch während des Wahlkampfs immer stärker nach unten gezeigt während die Werte für Andrea Ypsilanti die des amtierenden Ministerpräsidenten überholten und eine rot-grüne Mehrheit in greifbare Nähe rückte. Doch am Wahlabend des 27. Januar 2008 hatte die CDU des Roland Koch zwar kräftig Federn lassen müssen, lag aber ganz knapp vor der SPD. Allein mit uns GRÜNEN reichte das Ergebnis nicht für eine Mehrheit, und eine Koalition mit den Linken hatte Andrea Ypsilanti stets ausgeschlossen.

Mathias Wagner

Wider die Ausschließeritis

Und so begann ein spannendes Jahr sowohl für die Abgeordneten des Landtags als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Alle Fraktionen mussten erkennen, dass mit der Ausschließeritis von Bündnissen mit anderen Fraktionen kein Staat zu machen ist. Eigentlich war Roland Koch durch den massiven Stimmenverlust abgewählt – die Schulpolitik, die Studiengebühren, sein unbedingtes Festhalten an den Schrottmeilern des Atomkraftwerks Biblis, sein wiederholter Wahlkampf auf dem Rücken von Minderheiten – die Hessinnen und Hessen hatten die Nase voll. Aber so wie es keine Mehrheit für Rot-GRÜN gab, gab es eben auch keine für CDU und FDP.

Autor
Mathias Wagner
Mitglied des Hessischen Landtages seit 2003, parlamentarischer Geschäftsführer 2008-2014 und Fraktionsvorsitzender seit 2014.

Wir GRÜNE haben auf unsere Inhalte gesetzt und mit allen Fraktionen nach Gemeinsamkeiten und einem Ausweg aus diesen so genannten hessischen Verhältnissen gesucht. Es gab Gespräche mit SPD, CDU, FDP und Linken und schließlich Koalitionsverhandlungen für eine Minderheitenregierung mit der SPD. Zwischendurch gab es Kuriositäten wie Frühstücke zwischen den bildungspolitischen Sprechern von GRÜNEN und CDU, die vorher kaum etwas mit einander zu tun hatten. Anträge und Gesetzesentwürfe wurden aufmerksam wie nie gelesen, denn niemand wusste im Vorhinein, mit welchen Mehrheiten die Plenarvorlagen vielleicht verabschiedet werden konnten. Auf einmal

Die Spitzenkandidaten zur hessischen Landtagswahl (l-r): Roland Koch (CDU), Andrea Ypsilanti (SPD), Jörg-Uwe Hahn (FDP), Tarek Al-Wazir (Grüne) und Willi Ooyen (Die Linke) treffen in Wiesbaden am Sonntag (27.01.2008) im ARD-Wahlstudio im Hessischen Landtag aufeinander und schauen auf die neuesten Hochrechnungen.

Der Vorstand der GRÜNEN Landtagsfraktion im Jahr 2008

stand wirklich vor allem die Sache im Vordergrund und keine Koalitionsarithmetik. Auch die Journalistinnen und Journalisten mussten noch aufmerksamer sein als sonst, damit sie keine Entwicklung verpassten. Und gegen Ende des aufregenden Jahres scheiterte dann der mit der SPD vereinbarte Politikwechsel an vier SPD-Abgeordneten.

Schaulaufen für die Neuwahl

Während sich alle abtasteten – die Linken waren zum ersten Mal in den Landtag eingezogen und kannten sich mit den parlamentarischen Gepflogenheiten noch nicht aus – war die Regierung Koch weiterhin geschäftsführend, aber ohne parlamentarische Mehrheit, im Amt. Und während dieses Jahres ohne feste Mehrheit arbeiteten bald alle darauf hin, sich für die Wählerinnen und Wähler hübsch zu machen, so dass sie bei einem neuen Wahltermin die bessere Ausgangsposition hatten.
Doch man einigte sich auch in Sachfragen. So wurde ein Antrag von uns GRÜNEN einstimmig verabschiedet, dass wenigstens Kooperative Gesamtschulen in Zukunft die freie Wahl erhielten zwischen der verkürzten Schulzeit zum Abitur (G8) oder der früheren Länge (G9). Mit einer Mehrheit von SPD, GRÜNEN und Linken wurden die Studiengebühren abgeschafft, und wegen eines technischen Versehens geschah dies gleich zwei Mal. Durch ein Jamaika-farbenes Bündnis erhielt Hessen ein neues Sparkassengesetz. Und alle drei Initiativen wurden auch durch die 2009 gewählte schwarz-gelbe Koalition nicht zurückgenommen, sondern blieben geltendes Recht.

Koalitionsverhandlungen

Zwar gab es in der Phase der geschäftsführenden Landesregierung und unklaren Mehrheiten im Parlament diese Erfolge. Es war aber auch klar, dass es nicht auf Dauer so weitergehen konnte. Die Unlust der geschäftsführenden Regierung, ihr unliebsame Beschlüsse des Landtags umzusetzen, war mit Händen zu greifen. Gleichzeitig stießen die Fraktionen bei Anträgen und Gesetzen zu komplexen Themen an die

Grenze dessen, was ohne die wirksame Unterstützung von Ministerien leistbar ist. Daher und um zu verdeutlichen, was Rot-GRÜN alles verändern würde, wenn es nur eine ausreichende Mehrheit hätte, begannen SPD und GRÜNE Koalitionsverhandlungen zu führen. Für mehrere Wochen wurde der Ort der Koalitionsverhandlungen – die Domäne Mechtildshausen – zum zweiten zu Hause der Verhandlungsdelegationen von SPD und GRÜNEN. Die Ergebnisse konnten sich sehen lassen und wurden schließlich auch mit großen Mehrheiten von mehr als 90 Prozent auf Parteitagen von SPD und GRÜNEN gebilligt. Die Mehrheit im Landtag von SPD und GRÜNEN mit Unterstützung der Linkspartei war mit 57 Stimmen denkbar knapp. Und zur Wahl der Ministerpräsidentin brauchte Andrea Ypsilanti mindestens 56 Stimmen. Die SPD-Abgeordnete Dagmar Metzger hatte von Anfang an klar gestellt, dass eine von den Linken tolerierte Koalition für sie nicht in Frage kam, ihre Stimme würde also auf jeden Fall fehlen. Während der bei der Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten Andrea Ypsilanti unterlegene Jürgen Walter bei den Koalitionsverhandlungen stets dabei war und alle inhaltlichen Vereinbarungen mitgetragen hatte, äußerte er nach den Verhandlungen Bedenken. Ob er diese Bedenken auch gehabt hätte, wenn die SPD ihm sein Wunschministerium gegeben hätte, bleibt offen.

Nachdem Hessen als erstes Bundesland die Studiengebühren von 500 Euro pro Semester, mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN, abgeschafft hat, zerreißt die Fraktion symbolisch „500 Euro Scheine“ im Plenum.

Andrea Ypsilanti und Tarek Al-Wazir nach dem Abschluss der Koalitionserhandlungen im Oktober 2008.

Nicht mit ihrem Gewissen vereinbar!?

Und so kam es dann wenige Tage vor der geplanten Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zur dann berühmt gewordenen Pressekonferenz von vier SPD-Abgeordneten, die erklärten, eine von den Linken tolerierte Minderheitenregierung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können. Damit war das, was später in Nordrhein-Westfalen funktionieren sollte, eine rot-grüne Minderheitenregierung, geplatzt. Wenig später beschloss der Landtag seine Selbstauflösung. Es folgten Neuwahlen. Bei diesen Wahlen konnten wir GRÜNE zwar kräftig zulegen, aber es folgte eine Neuauflage von Schwarz-Gelb. Ein spannendes Jahr war zu Ende gegangen.

2009 - 2014

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

Die GRÜNE Fraktion in der 18. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Marcus Bocklet // Angela Dorn // Ellen Enslin // Jürgen Frömmrich // Martin Häusling bis 14.07.2009 // Ursula Hammann // Margaretha Hölldobler-Heumüller bis 10.02.2012 // Andreas Jürgens bis 01.05.2012 // Frank-Peter Kaufmann // Kai Klose // Karin Müller // Mürvet Öztürk // Kordula Schulz-Asche // Sarah Sorge bis 14.03.2012 // Mathias Wagner

Daniel May ab 15.07.2009 // Martina Feldmayer ab 11.02.2012 // Daniel Mack ab 15.03.2012 // Monne Lentz ab 02.05.2012

CDU: 37,2%
SPD: 23,7%
FDP: 16,2%
GRÜNE: 13,7%
LINKE: 5,4%
Sonstige: 3,8%

Von den Fischerchören zur Konzeptpartei

Die Anfänge der GRÜNEN als Protestpartei und die Fischer-Jahre kenne ich nur aus den schillernden Erzählungen der älteren Fraktionskolleg*innen beim gemütlichen Zusammensitzen am letzten Abend der Plenarwoche. Ich habe diese Zeit so abenteuerlich und verrückt vor Augen, dass ich möglicherweise von der Realität fast enttäuscht wäre.

Angela Dorn 2019

Aber welche Erwartungen brachte ich meiner eigenen Arbeit als Landtagsabgeordnete und Berufspolitikerin eigentlich entgegen? Motivierend war für mich in erster Linie die Einsicht, dass es so nicht mehr weiter gehen könnte. Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise war und ist nicht mehr vereinbar mit den Ressourcen, die uns die Erde zur Verfügung stellt. Unsere Gesellschaft erfährt eine zunehmende Spaltung durch die wachsende Einkommensschere sowie die ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen. Da sich ein „weiter so" verbietet, wollte ich an den Alternativen mitwirken. Wie steinig dieser Weg werden könnte, schien sich aber schon in der vergangenen Legislaturperiode abzuzeichnen. Politik erschien als ein rücksichtsloses Ringen um Macht, das schonungslose Bekämpfen des politischen Gegners bei dem rasante Aufstiege möglich sind, aber auch das Scheitern von Persönlichkeiten in Kauf genommen wird. Dieser Eindruck der Härte bewahrheitete sich einerseits, gerade die schonungslosen Angriffe auf Andrea Ypsilanti noch bis in die laufende Legislaturperiode hinein waren eine der unschönen Erfahrungen in der Politik. Andererseits ging es „hinter den Kulissen" jedoch meist bemerkenswert locker und wohl gesonnen zu. Während der vorangegangenen Legislaturperiode faszinierte mich – damals noch als Zaungast – die Möglichkeit wechselnder politischer Mehrheiten. Es schien so, als könnten hier über das klassische Lagerdenken hinaus politische Mehrheiten gefunden werden. In der Praxis zeigte sich aber, dass die Landesregierung viele Anträge einfach nicht umsetzte. Dennoch brachte diese kurze Periode eine andere Diskussionskultur mit sich, die unsere parlamentarische Arbeit nachhaltig beeinflussen sollte.

Autorin
Angela Dorn
Mitglied des Hessischen Landtages seit 2009, parlamentarische Geschäftsführerin 2014-2017 und seit 2019 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Offene Diskussionen

Erst als Parlamentarierin wurde mir deutlich, wie stark auch die Abgeordneten der Regierungsfraktionen durch das Handeln und Vorwissen der Regierung gelenkt werden. Wie oft müssen sich die CDU und FDP Abgeordneten aus der Rhein-Main-Region über den Wortbruch der Landesregierung beim Nachtflugverbot ärgern? Schließlich müssen sie ihn im Parlament und zu Hause verteidigen. Wie naiv müssen sie bei der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg gewesen sein, der „Leuchtturm" Kochs, der inzwischen immer mehr in sich zusammenfällt.

Ganz umsonst ist also die Erfahrung interfraktioneller Mehrheitssuche nicht, gerade in der GRÜNEN Fraktion dominiert die positive Erfahrung, dass Anträge gleich welcher Partei offen und kritisch konstruktiv diskutiert werden. Daneben bleibt zudem die Abkehr von einem Politikstil, den Tarek pointiert als „Ausschließeritis" bezeichnete. Opposition soll für uns über Lagerdenken hinausgehen und konstruktive Impulse für ein besseres Hessen einbringen. Inhalte, nicht Fraktionszugehörigkeit, sollen den Ausschlag für Zusammenarbeit geben. Wir machten uns daran, an unseren Inhalten zu feilen und

auch zuvor Selbstverständliches zu hinterfragen. Wir wollen Lösungen anbieten: Lösungen für einen Wandel in Hessen, Lösungen, die in der Praxis umgesetzt werden können und dies in späterem Regierungshandeln unter Beweis stellen. Herausfordernd war hierbei zudem, die alltäglichen Mühen um pragmatische Lösungen im Kleinen mit den GRÜNEN Visionen zu vereinbaren.

Die GRÜNE Fraktion im Juni 2012 im Plenarsaal.

Dieser Prozess soll zugleich ein Schritt in Richtung mehr Transparenz sein und ein Gesprächsangebot über die GRÜNE Partei hinaus auch an die Bürgerinnen und Bürger Hessens unterbreiten. Dies ist auch eine Antwort auf Stuttgart 21, dem bundesweiten Symbol für mangelnde frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen politischen Entscheidungen sowie einer neuen und bunten sozialen Bewegung.

Konzepte für Hessen

Eine weltweite Krise stellt unser Finanz- und Wirtschaftssystem sowie die politische Handlungsfähigkeit in Frage. Auch hier kommt es zu Bewegung, in Frankfurt und in vielen anderen Städten weltweit haben Occupy-Aktivisten symbolträchtige Orte besetzt. Nicht ohne Zufall beschäftigt sich unser erstes Konzeptpapier mit der Überschuldung Hessens und der Frage, wie wir bei Anerkennung der Notwendigkeit des Schuldenabbaus trotzdem in wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Umwelt und Soziales investieren können. Vor diesem Hintergrund haben wir uns nach intensiver Diskussion innerhalb der GRÜNEN Fraktion verständigt, die Schuldenbremse für Hessen prinzipiell mitzutragen. Gerade weil Schwarz-Gelb nur die Einsparung im Blick hat, wollten wir diese wieder in Balance mit Effizienz- und Einnahmeerhöhungen bringen. Letzteres konnten wir dann auch entsprechend „hineinverhandeln". Trotz Überschneidungspunkten mit der Occupy-Bewegung, wie der Finanztransaktionssteuer oder der Forderung nach einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm für verschuldete europäische Staaten, lehnte die Occupy-Bewegung solche pragmatischen Lösungsansätze ab, zu systemimmanent erschien ihnen dieser Ansatz.

Im kollektiven Gedächtnis – nicht nur der Japaner*innen – wird die Fukushima-Katastrophe bleiben, deren verheerende Folgen für Mensch und Umwelt bis heute nicht endgültig abgeschätzt werden können. Es ist ein Armutszeugnis für CDU und FDP, dass es erst zu dieser Katastrophe kommen musste, um den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie

Die Arbeit an Konzepten für Hessen hat die 18. Legislatur geprägt und ab August 2012 ist die Fraktion mit diesen Konzepten auch quer durch Hessen auf Tour gegangen.

in Deutschland wieder rückgängig zu machen. Bei der Abschaltung des südhessischen AKW Biblis, ein historischer Erfolg, für den wir Jahrzehnte gekämpft haben, wird deswegen immer einen bitteren Beigeschmack bleiben. Als Ministerpräsident Bouffier in der Folge den hessischen Energiegipfel einberief, haben wir konstruktiv mitgearbeitet. Schließlich können wir den Abschlussbericht wegen der Festschreibung des geplanten Windkraftausbaus und der ehrgeizigen energetischen Sanierungsquote mittragen. Auch wenn der Streit um das Tempo der Energiewende, um die Bedeutung von konventioneller Energie und um das FDP-Dogma „Privat vor Staat" bestehen bleibt.

Strategische „Zusammenarbeit"

Auch wenn bei diesen zwei großen Richtungsentscheidungen von Seiten der Landesregierung eine Öffnung zur interfraktionellen Zusammenarbeit bestand, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Landtag nach wie vor mit harten Bandagen gekämpft wird. Der vermeintliche Wille zur Zusammenarbeit von Seiten des neuen Ministerpräsidenten Volker Bouffier war eher strategisch motiviert. Die Fehlentscheidungen in der Energiefrage und der rasant wachsende Schuldenberg sollten so kaschiert werden. Bei der Umsetzung der Ergebnisse des Energiegipfels wird deutlich, wie wankelmütig der Wille zur Energiewende ist. Der Wechsel von Roland Koch zu Bouffier war kein Aufbruch zu einer neuen Ära, zu tief verstrickt war Bouffier als langjähriger Innenminister in die Fehlentscheidungen und moralischen Abgründe der Regierungsjahre unter Koch. So bleiben aus der 18. Legislaturperiode vor allem viele Debatten um Skandale in Erinnerung: Von der Polizeichefaffäre über die Frage der mangelnden Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Gelder an die Privathochschule European Business School, den überteuerten, dem Regionalproporz geschuldeten Flughafen Kassel-Calden bis hin zu Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe der Landesregierung: Schwarz-Gelb bleibt sich eben treu.

GRÜN bleibt GRÜN

Aber auch wir bleiben uns treu. Selbst wenn einige Kolleginnen und Kollegen unsere Fraktion verließen, um sich neuen beruflichen Aufgaben zu stellen: Noch immer werden – nur bei uns – mittags im Landtagsrestaurant so viele Tische zusammen geschoben, bis das ganze Fraktionsteam sowie zuweilen auch Partner und Kinder zusammensitzen können. GRÜN bleibt eben GRÜN. Auch wenn wir schon 40 Jahre alt sind.

Anlässlich der endgültigen Abschaltung des AKW Biblis wurde dieser große Erfolg am 7. November 2011 natürlich gebührend gefeiert.

2014 - 2019

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

Die GRÜNE Fraktion in der 19. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir bis 16. Oktober 2017 // Marcus Bocklet // Sigrid Erfurth // Angela Dorn // Martina Feldmayer // Jürgen Frömmrich // Eva Goldbach // Ursula Hammann // Frank-Peter Kaufmann // Kai Klose bis 30.09.2017 // Daniel May // Karin Müller // Mürvet Öztürk bis 08.09.2015 (Austritt aus Fraktion) // Mathias Wagner

Hildegard Förster-Heldmann ab 17.10.2017 // Kaya Kinkel ab 01.10.2017

CDU: 38,3%
SPD: 30,7%
GRÜNE: 11,1%
LINKE: 5,2%
FDP: 5,0%
Sonstige: 9,7%

Der Sprung ins kalte Wasser

Und wieder reichte es nicht. September 2013, die fünfte Landtagswahl hintereinander ohne rot-grüne Mehrheit. Fünf Jahre mit Konzeptarbeit und Vorbereitung auf Regierungsverantwortung, und dann erneut ein Fünf-Parteien-Parlament, diesmal zwar wieder ohne schwarz-gelbe, aber eben auch erneut ohne rot-grüne Mehrheit. Volker Bouffier hatte die Landtagswahl mit der Bundestagswahl zusammengelegt, die Hessen-CDU wurde von Angela Merkel mit nach oben gezogen, die FDP flog aus dem Bundestag und überlebte in Hessen nur knapp und wir GRÜNEN gerieten in den Sog eines mal wieder verkorksten Bundestagswahlkampfs. Dafür hatten wir mit 11,1 Prozent noch gut abgeschnitten, aber es war mal wieder alles unklar im Politlabor Hessen. Im Bund sah es ähnlich aus, und dort wurden die Weichen schnell in Richtung Große Koalition gestellt. Sollte es jetzt auch in Hessen dazu kommen? Wieder keine starke ökologische Stimme in der Regierung? Nochmal Opposition? Wir rechneten damit, aber waren entschlossen, unseren Kurs der Eigenständigkeit jetzt ernst zu nehmen und mit allen anderen Parteien zu sondieren.

Tarek Al-Wazir 2019

Koalitionsverhandlungen

Die CDU lud als stärkste Partei zu Sondierungen ein, die mit etwas endeten, was sie selbst (und wir auch) nicht geglaubt hatten: Dem Angebot der CDU von Koalitionsverhandlungen an uns GRÜNE. Als Ergebnis der Sondierungen, die wir mit allen anderen geführt hatten (die AfD war noch nicht im Landtag vertreten) war am Ende nur noch die Wahl zwischen GroKo und Schwarz-Grün geblieben: Die FDP wurde in keiner Konstellation gebraucht und sehnte sich nach ihrer politischen Nahtoderfahrung nach Opposition, und die Linkspartei hatte wieder einmal nicht gewollt und nicht gekonnt. Und so wagten wir den Sprung ins kalte Wasser: In die Koalition und das Regieren mit der Hessen-CDU, mit der wir uns in den letzten Jahrzehnten heftigste politische Auseinandersetzungen geliefert hatten. Mit den beiden Ministerien für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung sowie Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und einem Staatssekretär für Integration im Sozialministerium waren wir für viele uns wichtige Themen zuständig, in denen wir zeigen wollten, wie eine moderne, zukunftsorientierte Landespolitik aussehen kann. In anderen Ländern, aber auch im Bund waren und wären aus diesen beiden Ministerien mindestens vier geschneidert worden.

Autor
Tarek Al-Wazir
Mitglied des Hessischen Landtages 1995-2017 und seit 2019. 2000-2014 Fraktionsvorsitzender und seit 2014 Hessischer Wirtschaftsminister.

Gewaltiger Respekt

Die Aufregung war riesig: Das erste Flächenland mit einer Schwarz-Grünen Koalition, und das ausgerechnet in Hessen, dem Land von heftigsten Kämpfen um die Startbahn West oder das Atomkraftwerk Biblis, von „Schwarzen Sheriffs“ und Frankfurter Spontis. Auch wenn eine Landesmitgliederversammlung mit mehr als tausend Teilnehmenden den Koalitionsvertrag und diese ungewöhnliche Koalition mit Drei-Viertel-Mehrheit abgesegnet hatte: Wir gingen mit einem gewaltigen Respekt an die Arbeit. Niemand wusste, ob dieses Experiment gut gehen würde, manche prophezeiten uns eine Halbierung bei der nächsten Wahl. Aber wir stürzten uns in die Arbeit und hatten viel zu tun, denn gerade auf den sozial-ökologischen Gebie-

ten gab es gewaltige Defizite. In den vergangenen Jahren war hier bewusst oder auch aus Fahrlässigkeit wenig passiert: So machten wir uns daran, die Energiewende endlich auch in Hessen mit Schwung umzusetzen und stürzten uns in die konkrete Arbeit auch in der Agrar- und Verkehrswende. Ob Platz 1 beim Ökolandbau, ob das bundesweit erste 365-Euro-Schülerticket, mit dem alle Schülerinnen, Schüler und Azubis für einen Euro am Tag hessenweit unterwegs sein können, ob Verankerung eines garantierten Sozialbudgets, mit dem nicht nur die Kürzungen von Roland Kochs „Operation düstere Zukunft" bei Frauenhäusern, Schuldnerberatungen und Co. rückgängig gemacht, sondern diese Institutionen sogar deutlich mehr bekamen als früher: In vielen Bereichen wurde Hessen zum Vorzeigeland grüner Politik. Und es gelangen paradoxerweise Dinge, die mit der SPD früher nicht umgesetzt werden konnten: Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten hatte wir schon 1991 im rot-grünen Koalitionsvertrag, aber die SPD-Innenminister weigerten sich, sie umzusetzen. Jetzt wurde sie wieder vereinbart – und der CDU-Innenminister setzte es auch um.

Vereidigung des ersten schwarz-grünen Kabinetts am 18.01.2014 im Plenarsaal des Hessischen Landtags

Schwierige Kompromisse

Natürlich gab es auch Themen, in denen wir Entscheidungen der Vergangenheit nicht rückgängig machen konnten und die Fertigstellung von Projekten mittragen mussten, die wir lange bekämpft hatten. Wir hatten lange vor dem Ausbau des Frankfurter Flughafens gewarnt, aber die neue Nordwestbahn war 2011 eröffnet worden und leider haben die meisten Menschen im Umland erst nach der Eröffnung gemerkt, welche zusätzliche Lärmbelastung das für sie bedeutet. Auch das Terminal 3 war schon Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses im Jahr 2007 gewesen, und der Flughafen Kassel-Calden war einige Monate vor der Wahl eröffnet worden und erwies sich als das von uns vorhergesagte Millionengrab. All das war letztlich schon entschieden und nicht mehr zu verhindern oder gar rückgängig zu machen. Also machten wir uns daran, mit der Situation umzugehen, ambitionierte Lärmschutzprogramme, Lärmpausen, eine strenge Umsetzung des Nachtflugverbots und Kostensenkungen beim „Airport Kassel" auf den Weg zu bringen. Auch mussten wir akzeptieren, dass die A 44 zu Ende gebaut wird, und, falls die Bundesregierung das Geld zur Durchfinanzierung bereitstellen würde, die A 49 auch. Das waren schwierige Kompromisse, die aber in einer rot-grünen Koalition auch nicht anders ausgefallen wären: Bei diesen Projekten waren sich CDU und SPD immer einig gewesen. Bei der A 49 hatten wir auch 2008 mit der SPD nur die wortgleiche Bedingung der Durchfinanzierung vereinbaren können. Dafür erreichten wir im Verkehrssektor mit der CDU eine Vereinbarung, die wir mit der SPD noch nie hinbekommen hatten. Bei den Landesstraßen - und hier kann das Land im Gegensatz zu den Bundesautobahnen wirklich bestimmen - sollte ab dieser Legislaturperiode der Grundsatz ‚Erhalt vor Neubau' gelten. Wie wichtig die Sanierung von bestehenden Straßen und Brücken ist, zeigte sich in den nächsten Jahren, als immer mehr Schäden zu Tage traten. In den letzten Jahrzehnten war hierauf kein Wert gelegt worden, sondern es wurde immer neu gebaut.
Das Regieren mit der CDU war anders, aber es lief erstaunlich gut. Wir hatten viele Ideen und

Konzepte, die wir umsetzen wollten und auch konnten. Endlich tat sich in den ökologischen und sozialen Bereichen wieder etwas in die richtige Richtung. Das Ganze taten wir mit dem Slogan „GRÜN wirkt“ kund, was der CDU nicht gefiel, aber sie konnte dem auch nicht so richtig etwas entgegensetzen.

Pragmatische Lösungen

Und dann kam, womit niemand gerechnet hatte. Im Koalitionsvertrag hatte die Flüchtlingsfrage nur einige wenige Zeilen umfasst, und nun standen nach einem guten Jahr Regierungszeit von Schwarz-Grün viele Menschen, vor allem aus Syrien und Afghanistan, vor der Tür und suchten auch in Hessen Schutz und eine Zukunft. Und in den Jahren vor der gemeinsamen Regierung von CDU und GRÜNEN war ja vor allem die Flüchtlings- und Zuwanderungsfrage ein großer Streitpunkt gewesen. Unvergessen war die Unterschriftenaktion von Roland Koch gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, in der er bewusst Vorurteile schürte. Und jetzt saßen ausgerechnet CDU und GRÜNE zusammen und versuchten die Situation so pragmatisch wie möglich zu lösen.
In kürzester Zeit wurden im Jahr 2015 mehr als 70.000 Menschen aufgenommen, zuerst in improvisierten Erstaufnahmeeinrichtungen, mit dem Ziel, dass alle am Winteranfang ein festes Dach über dem Kopf haben sollten. Und das gelang uns - im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Zudem wurde ein umfassender Integrationsplan aufgestellt, der mit einer Milliarde Euro finanziert wurde. Er umfasste viele Bereiche: Von der Sprachförderung über Geld für den Wohnungsbau bis hin zu mehr Stellen bei der Polizei, zusätzlicher Prävention und die Unterstützung der Kommunen. Zudem wurde eine stetige Zusammenarbeit mit Handwerksbetrieben und Firmen eingerichtet, so dass gerade den vielen jungen Geflüchteten eine Ausbildung erleichtert wurde. Und die SPD unterschied in dieser herausfordernden Situation nicht zwischen Regierung und Opposition, sondern machte mit.
Das war bei der Aufarbeitung möglicher staatlicher Versäumnisse im Zusammenhang mit der Terrororganisation NSU leider anders. Im Bundestag und in den anderen Landtagen gab es bei allen Unterschieden eine parteiübergreifende Zusammenarbeit in den Untersuchungsausschüssen, in Hessen bestimmte der Parteienstreit die Aufklärungsarbeit.
Insgesamt konnten wir in dieser Legislaturperiode eine profunde sozial-ökologische Politik machen. Auch wenn es uns nie schnell genug geht: Wir konnten im Energie- und Verkehrs-, Landwirtschafts- und Naturschutzbereich zeigen, dass eine andere Politik möglich ist. Außerdem bewiesen wir, dass eine schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland möglich ist, und bei allen ideologischen Unterschieden sogar erfolgreich und anerkannt regieren kann. Hinzu kam 2017 nach dem Scheitern von Jamaika-Verhandlungen im Bund eine weitere Große Koalition, die sich eher dahinschleppte. Die Wählerinnen und Wähler sahen dies ähnlich und bei der Landtagswahl 2018 erreichten wir nie dagewesene 19,8 Prozent. Wir lagen sogar einige Stimmen vor den Sozialdemokraten und wurden erstmals überhaupt zweitstärkste Kraft.
Der Sprung ins kalte Wasser, das Wagnis hatte sich gelohnt. Wir hatten uns nicht halbiert – sondern fast verdoppelt.

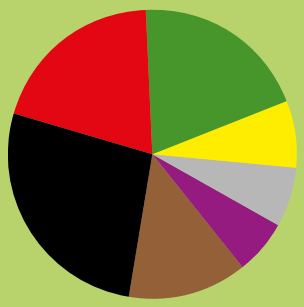
Gemeinsam mit Volker Bouffier wurde Tarek 2014 von der Fachzeitschrift Politik & Kommunikation als „Politiker des Jahres“ ausgezeichnet

2019 - 2024

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

Die GRÜNE Fraktion in der 20. Legislaturperiode:

Tarek Al-Wazir // Kathrin Anders // Marcus Bocklet //
Silvia Brünnel // Taylan Burcu // Miriam Dahlke //
Frank Diefenbach // Angela Dorn // Nina Eisenhardt //
Martina Feldmayer // Hildegard Förster-Heldmann //
Jürgen Frömmrich // Eva Goldbach // Vanessa Gronemann //
Priska Hinz // Markus Hofmann // Frank-Peter Kaufmann //
Kaya Kinkel // Kai Klose // Torsten Leveringhaus // Felix Martin //
Daniel May // Karin Müller // Hans-Jürgen Müller //
Lukas Schauder // Katrin Schleenbecker // Mirjam Schmidt //
Katy Walther // Mathias Wagner



CDU: 27,0%
GRÜNE: 19,8%
SPD: 19,8%
AfD: 13,1
FDP: 7,5%
LINKE: 6,3%
Sonstige: 6,5%

Kurs gehalten, Segel gesetzt und richtig Fahrt aufgenommen!

Die Landtagswahl 2018 hat uns zu unserem bisher größten Wahlerfolg geführt: Wir haben unser Wahlergebnis von elf auf fast zwanzig Prozent der Stimmen gesteigert und wurden zweitstärkste Kraft im Hessischen Landtag. Jede*r fünfte Wahlberechtigte wollte ein noch ökologischeres, gerechteres und vielfältigeres Hessen und hat uns GRÜNE damit deutlich gestärkt und damit beauftragt, unsere erfolgreiche Politik fortzusetzen.

Kai Klose 2019

Unsere grün geprägte Koalition konnten wir mit 29 Abgeordneten fortsetzen, was uns zusätzliche regionale Präsenz und noch mehr Tiefe in der inhaltlichen Auseinandersetzung und der Gestaltung unserer Politik ermöglicht.

Durch diesen Wahlerfolg konnten wir aber auch Verantwortung in zwei weiteren wichtigen Ressorts übernehmen: Angela führt seitdem das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, ich selbst das Ministerium für Soziales und Integration, in dem ich bereits seit Oktober 2017 als Staatssekretär die Integrations- und Antidiskriminierungspolitik unserer Landesregierung gestalten durfte.

Gegen Hass, Hetze und Rassismus

Leider haben am 28. Oktober 2018 nicht nur wir GRÜNE einen Wahlerfolg gefeiert, sondern erstmals zog die rechtsextreme AfD in den Hessischen Landtag ein.

Die Diskussionskultur im Landtag hat darunter zusätzlich gelitten. Doch so laut die von Hass und Hetze geprägten Zwischenrufe der AfD auch sind, inhaltlich ist ihre Arbeit bedeutungslos, in der Regel ist die Fraktion mit internen Friktionen beschäftigt. Der Versuch, gezielt zu provozieren und die Konfrontation zu suchen, scheitert allerdings regelmäßig an der eigenen Fähigkeit.

Wie sehr Hass, Ausgrenzung und Hetze unser Zusammenleben leider längst bestimmen haben wir in Hessen besonders schmerzlich erfahren: Am 2. Juni 2019 wurde unser ehemaliger Landtagskollege Walter Lübcke von einem Rechtsextremisten ermordet. Nur knapp acht Monate später, am 19. Februar 2020, wurden neun unserer Mitbürger*innen aus rassistischen Gründen ihres Lebens beraubt. Mein Tag in Hanau nach diesem rechtsterroristischen Attentat ist mir wie kaum ein anderer im Gedächtnis geblieben. Hanau habe ich aber auch als Zäsur erlebt.

Autor
Kai Klose
Mitglied des Hessischen Landtages seit 2009 und seit 2014 Hessischer Minister für Soziales und Integration.

Viel Gedränge und natürlich große Freude über das Rekordergebnis beim Wahlabend im Hessischen Landtag.

Volles Haus bei der Veranstaltung „Den ökologischen und sozialen Aufbruch gestalten" mit Robert Habeck am 23.11.2019 im Landtag.

Hanau hat einmal mehr gezeigt: Rassismus geht uns alle an. Er beginnt nicht erst mit physischer Gewalt. Die Gewalt steht am Schluss. Rassismus beginnt, wo Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer vermeintlichen Herkunft oder Religionszugehörigkeit ausgegrenzt oder diskriminiert werden.
Antirassismus und Antidiskriminierung haben für uns GRÜNE nicht erst seit Hanau einen wichtigen Stellenwert. Nach dem 19. Februar 2020 haben wir unsere Aktivitäten in Hessen nochmals gestärkt, um das Problem im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft bei der Wurzel zu packen. Ein Prozess, der nicht schmerzfrei ist – aber ein Prozess, der notwendig ist und uns gemeinsam voranbringt.

Und plötzlich ist Pandemie

Zu Beginn dieser Legislaturperiode konnte niemand ahnen, wie sehr ein Virus namens „SARS-CoV-2" unser Leben auf den Kopf stellen und unseren Alltag grundlegend verändern würde – und wie sehr es uns als Gesundheits-, aber auch als Ministerium für Familie, Arbeit, Soziales und Integration herausfordern würde.
Um Menschenleben zu retten, musste die ganze Welt im Frühjahr 2020 eine Vollbremsung einleiten. Bereits am 22. Januar haben wir im HMSI einen Krisenstab gebildet und kurz darauf waren zwei symptomfreie Personen des Rückkehrflugs aus Wuhan infiziert; sie wurden in der Frankfurter Uniklinik behandelt.
Im Rekordtempo haben wir Empfehlungen und Regeln zum Infektionsschutz erlassen, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Wir haben Hilfspakete geschnürt, Bürger*innen informiert, Krankenhäuser und ambulante Gesundheitsversorgung auf die großen Herausforderungen vorbereitet und neue Strukturen der Zusammenarbeit etabliert.
In dieser Zeit haben wir auch unseren Kollegen Dr. Thomas Schäfer verloren. Sein Tod war ein großer Verlust für das Land Hessen und ein schmerzlicher persönlicher Verlust für uns alle.
Corona hat auch die Arbeit im Parlament verändert: Interne Sitzungen fanden, wenn möglich, online statt. Im Plenarsaal saßen wir mit Abstand, wir Abgeordnete kamen zu den Abstimmungen in den Plenarsaal und haben viele Debatten aus unseren Büros verfolgt. Die Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Integration dauerten oft bis in die Nacht.

Wir haben eine weltweit nie dagewesene Dynamik erlebt. Jeden Tag haben wir Neues über das Virus und seine Folgen gelernt, mehrmals in der Woche kamen die Gesundheitsminister*innen des Bundes und der Länder oder die Ministerpräsident*innen mit der Kanzlerin beziehungsweise dem Kanzler zusammen. Das war notwendig, denn noch nie mussten politische Entscheidungsträger*innen so schnell auf so vielen Ebenen auf eine globale Herausforderung reagieren. Uns ist das in Hessen sehr gut gelungen – der HessenTrend hat im März 2022 die bundesweit zweithöchste Zufriedenheit der Bürger*innen mit ihrer Landesregierung gemessen – weil wir uns untergehakt und in der Krise zusammengehalten haben: In enger Abstimmung und mit vollem Einsatz von Politik, Behörden, Wissenschaft, Industrie, Sozialverbänden und Zivilgesellschaft haben wir die Bevölkerung gemeinsam und mit Augenmaß geschützt und die Einschränkungen auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben gleichzeitig begrenzt, so gut es ging.
Doch die Pandemie ist – leider – nicht zu Ende. Die Herausforderung besteht darin, mit dem Virus zu leben und gleichzeitig vulnerable Gruppen zu schützen. Doch wir haben nicht nur gelernt, wir haben auch sofort strukturelle Konsequenzen eingeleitet und errichten auf meine Initiative hin ein Landesamt für Gesundheit, mit dem wir die Schlagkraft des öffentlichen Gesundheitsdiensts noch weiter stärken.

Solidarität mit der Ukraine

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Tausende Menschen aus der Ukraine suchen Schutz in Hessen. Die Hess*innen beweisen dabei große Hilfsbereitschaft und leisten Herausragendes. Dieser große persönliche Einsatz zeigt, was wir als Gesellschaft erreichen können, wenn alle an einem Strang ziehen. Damit alle Geflüchteten gut untergebracht werden, haben wir die Einrichtung kommunaler Notunterkünfte unterstützt und den Aktionsplan „Solidarität mit der Ukraine – Frieden in Europa – Hessen hilft“ vorgestellt, der die Weichen für Unterbringung, ehrenamtliche Hilfe, Kinderbetreuung, Beschulung, Hochschulbildung und -forschung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sicherheit und Schutz sowie die medizinische Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine stellt. Dabei greifen wir auf die Erfahrungen von 2015/2016 und die seitdem etablierten Strukturen zurück, reagieren aber gleichzeitig auf geänderte rechtliche und soziale Rahmenbedingungen.

GRÜN wirkt, denn: Vernunft gestaltet geiler.

Die 20. Legislaturperiode war geprägt von Krisen und unvorhergesehenen Herausforderungen. Dennoch haben wir unter Beweis gestellt, dass Kooperation, Gemeinsinn, Solidarität und Zusammenhalt die wesentlichen Faktoren sind, um Krisen zu meistern und eine progressive Gesellschaft zu gestalten. Wir haben es trotz allem geschafft, Neues auf den Weg zu bringen und Bewährtes weiter zu verbessern. Wir GRÜNE wollen Hessen verändern und aktiv gestalten. Das treibt uns an. Wir bleiben beharrlich, auch wenn wir manchmal Umwege in Kauf nehmen müssen und wir stellen uns den Herausforderungen mit Lust, mit Mut und mit Zuversicht. Ganz im Sinne unseres Regierungsprogramms zur letzten Landtagswahl: Kurs halten, Segel setzen, Fahrt aufnehmen.

Seit dem 31. Mai 2022 hat Hessen mit Boris Rhein einen neuen Ministerpräsidenten und damit auch ein neu vereidigtes Kabinett. Kai Klose bei der Übergabe der Ernennungsurkunde im Hessischen Landtag.

gruene-hessen.de

facebook.com/gruenehessen

twitter.com/gruenehessen

instagram.com/gruenehessen

youtube.com/hessengruen

tiktok.com/@gruenehessen

Unsere Newsletter

Für all diejenigen, die sich regelmäßig über unsere Arbeit informieren lassen wollen, bieten wir unsere Newsletter an. Der Newsletter „FraktionsGRÜN“ erscheint regelmäßig, meist in der Woche nach dem Plenum des Hessischen Landtages, und informiert über Schwerpunkte der Arbeit unserer Landtagsfraktion.

Für alle die besonderes Interesse an einem bestimmten Themenbereich haben bieten wir zusätzlich unsere Themen-Newsletter an. Damit gibt es alle wichtigen Infos zu unserer Arbeit im Hessischen Landtag in den entsprechenden Themenbereichen.

- FraktionsGRÜN - allgemeiner Newsletter der Landtagsfraktion
- Themen-Newsletter:
  - Umwelt- und Klimaschutz
  - Soziales und Integration
  - Verkehr
  - Bildung, Wissenschaft und Kultur
  - Innen und Recht
  - Wirtschaft und Finanzen
  - Energie

Alle Newsletter finden Sie auf unserer Webseite unter ***gruene-hessen.de/landtag/newsletter***.

Impressum

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
gruene-hessen.de

V.i.S.d.P.:
Jürgen Frömmrich MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion und Lektorat:
Philline Kuhl, Lisa Uphoff

Gestaltung und Layout:
Martina Grotensohn, Till Haupt

Druck im September 2022

Fotos:

Till Haupt:
Bilder Titel- und Rückseite; S. 3, Porträts S. 4-6 und auf den Seiten 12, 36, 40, 44 und 48; S. 38 (unten); S. 45; S. 46; S. 49; S. 48 (unten rechts); S. 50.

picture-alliance / dpa:
Karin Hill S. 8 (unten), S. 9 (oben und unten) und S. 18 (oben); Wolfgang Eilmes S. 10 (unten), S. 13 (oben) und S. 16 (unten); Roland Witschel S. 12 (unten) und S. 14 (unten); Jörg Schmitt S. 14 (oben); Markus Thelen S. 17 (oben); Roland Holschneider S. 20 (unten); Frank Kleefeldt S. 21 und S. 22 (oben); Erwin Elsner S. 24 (oben); Stephanie Pilick S. 25; Arne Dedert S. 26 (oben); Oliver Berg S. 26 (unten); Andreas Gebhard S. 29; Frank Rumpenhorst S. 36 (unten) und S. 38 (oben).

Julia Imhoff: Porträt S. 28; S. 41 (oben).
Gert Richter: S. 41 unten.
Helmut Seuffert: S. 42 unten.
Torsten Silz: S. 48 unten links.

Hinweis:
Trotz intensiver Nachforschungen ist es uns bei einigen, insbesondere der älteren, Fotos nicht gelungen, die Fotograf*innen bzw. die aktuellen Adressen zu ermitteln. Wir bitten um Nachsicht.

Diese Broschüre ist klimaneutral auf 100% Recyclingpapier (zertifiziert mit dem blauen Engel) gedruckt.

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/13937-2207-1006

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LANDTAGSFRAKTION HESSEN

DIE GRÜNEN LANDTAG

Bündnis 90 DIE GRÜNEN LANDTAG

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Hessen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION HESSEN

1982 — 1992 — 2002 — 2012 — 2022